



## Festigung des Kultur- und Bildungsstandortes Prenzlau: Das Kultur- und Bildungsdreieck in der Innenstadt

Martin Vöcks, Dr. Andreas Heinrich

Rückläufige Bevölkerung, Abwanderung insbesondere jüngerer Bevölkerungsgruppen und die damit einhergehende Überalterung sind nicht zuletzt Folge der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Entwicklung der peripheren ländlichen Regionen.

Der Landkreis Uckermark ist diesen strukturellen Veränderungsprozessen in besonderer Weise ausgesetzt. Beispielgebend hierfür ist die hohe Anzahl von Schulschließungen in den ländlichen Gemeinden der Uckermark, was die Region als Lebensmittelpunkt von Familien zunehmend weniger attraktiv macht. Insbesondere stellt der Wegzug der bildungsorientierten Mittelschicht („brain drain“), die ein wichtiger Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Region ist, einen großen Verlust dar. Die Gefahr besteht, dass diese Abwanderungstendenzen eine Eigendynamik entwickeln.

Um diesem Prozess zu begegnen, sollen Funktionen die Kreisstadt Prenzlau als „Mittelzentrum“ im Zentrale-Orte-System des Landes Brandenburg und als „Anker im ländlichen Raum“ gestärkt werden. Die Vorhaltung und der Ausbau sozialer und kultureller Infrastruktur in der Stadt Prenzlau soll dazu beitragen, den Landkreis Uckermark als Lebensmittelpunkt der ansässigen Bevölkerung weiterhin attraktiv zu halten. Nicht nur die Gemeinden im Speckgürtel profitieren von den Wanderungsprozessen. Da insbesondere die kleineren ländlichen Gemeinden von den durch die demografische Entwicklung bedingten Schließungen von Infrastruktureinrichtungen betroffen sind, ergeben sich neue Chancen und Herausforderungen für die Entwicklung der Stadt.

Die Stadt Prenzlau hat ihre „Anker“-Funktion bereits frühzeitig erkannt und sich erfolgreich um die aus verschiedenen Förderprogrammen gespeiste Entwicklung der Zentrumsfunktionen der Stadt bemüht. Insbesondere durch das Programm „Zukunft im Stadtteil – ZiS 2000“ wurde der Fokus auf die Entwicklung der mittelzentrums relevanten Funktionen gelegt, die räumlich im

innerstädtischen Bereich angesiedelt werden. Im „Integrierten Handlungskonzept für die Innenstadt Prenzlau“ wird die Entwicklung der Innenstadt zum zukunftsfähigen kulturellen und administrativen Mittelpunkt und die Gewährleistung der Versorgung der städtischen Bevölkerung, der Besucher und Kunden aus dem ländlichen Umland als

wesentliche Ziele definiert. Es sollen dabei Angebote für alle Bevölkerungsgruppen gemacht werden. Die Berücksichtigung der Belange des zunehmenden Anteils Älterer und der Familien ist dabei von besonderer Bedeutung. Prioritäten und Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die strukturellen und städtebaulichen Defizite zu

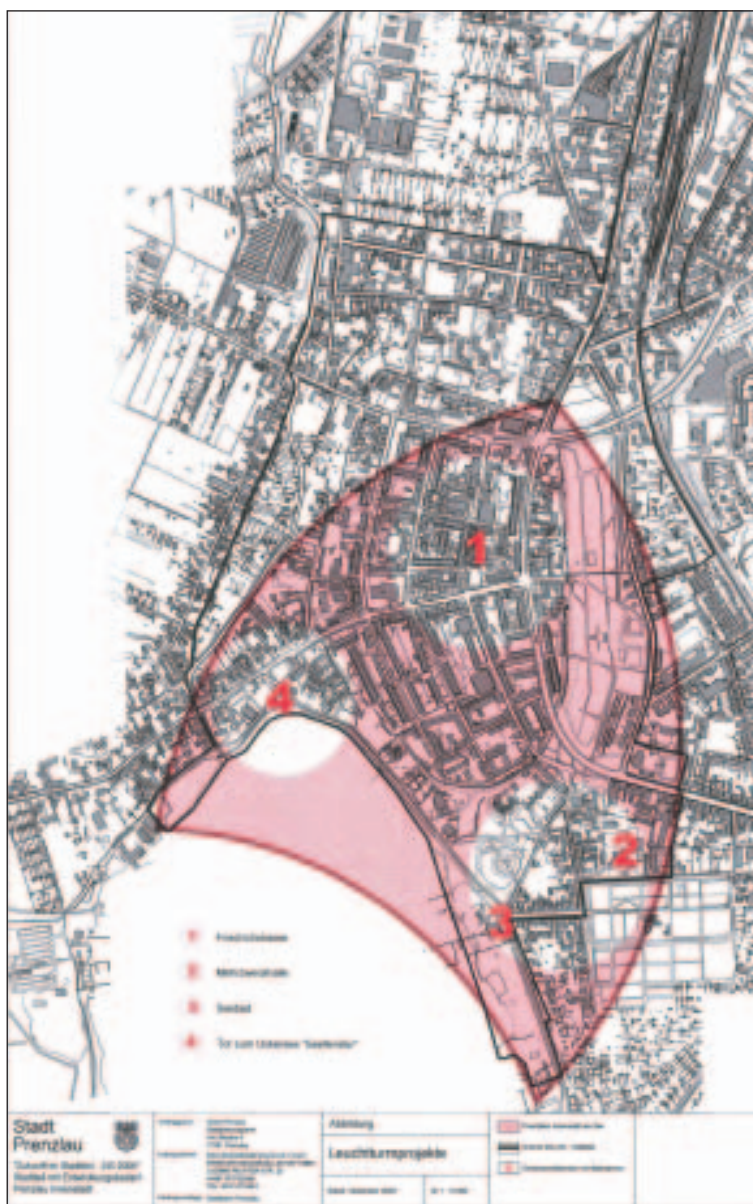


Abbildung: Schwerpunktbereiche der Innenstadtentwicklung Prenzlaus im Rahmen ZiS mit „Leuchtturm“-Projekten



überwinden und die endogenen Potenziale zu nutzen.

Dieses Integrierte Handlungskonzept war Grundlage von ZiS in Prenzlau und wird als Instrument der Stadtentwicklung und als Grundlage für die Inanspruchnahme weiterer Förderprogram-

Im Vorfeld des ZiS-Programms erfolgte bereits im Rahmen des Kulturinvestitionsprogramms (KIP) die bauliche Erneuerung des **Dominikanerklosters**, das heute als wichtiger Kulturstandort in der Uckermark anerkannt ist. Darüber hinaus wurde in unmittelbarer Nähe zu Dominikanerkloster, Rathaus und Unter-

Als eine der ersten Maßnahmen erfolgte daher über ZiS in Kofinanzierung mit Mitteln aus dem Bildungsministerium der **Neubau einer Mehrzweckhalle** am städtischen Gymnasium (Kosten ges. 6,23 Mio. Euro).

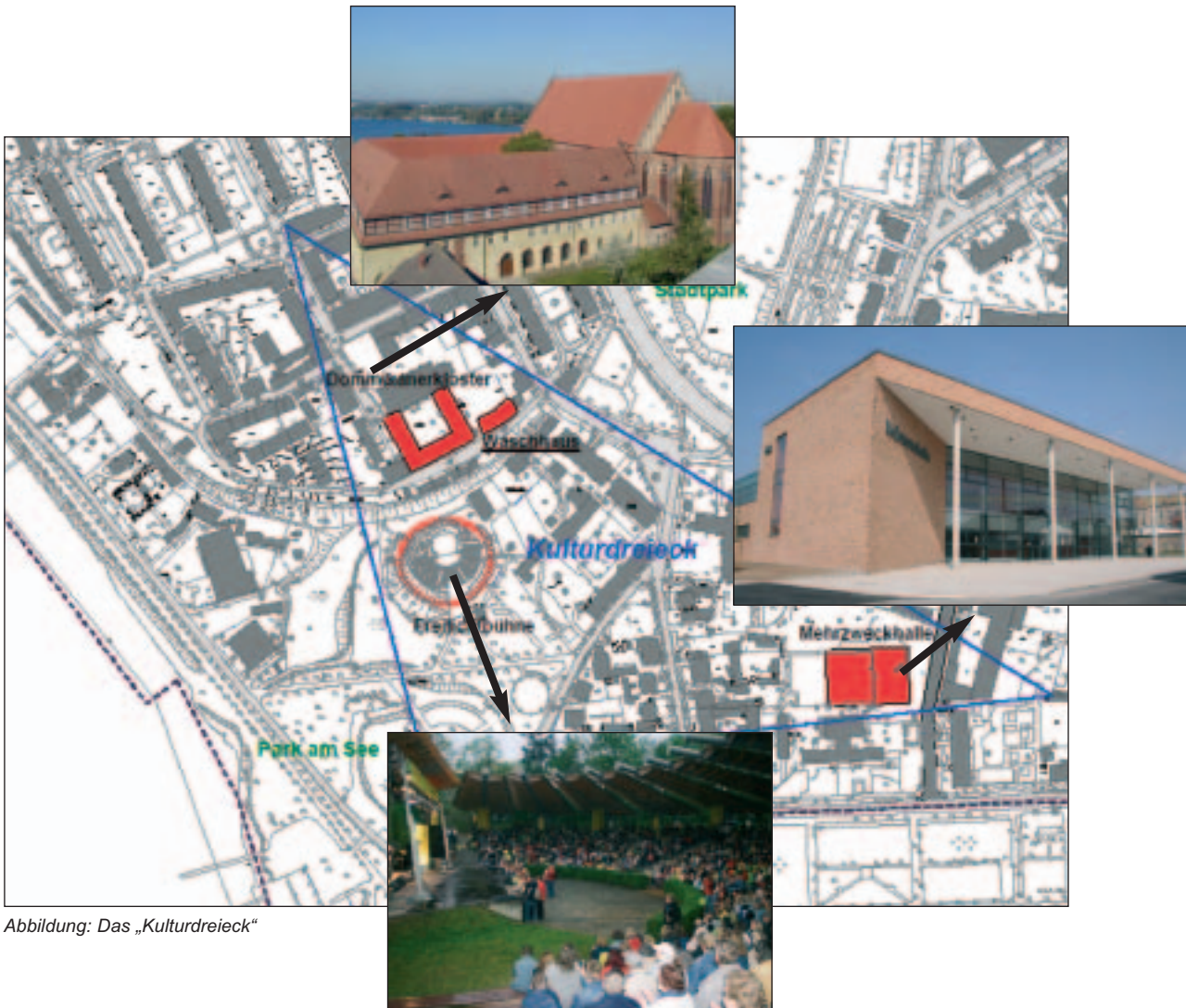


Abbildung: Das „Kulturdreieck“

me wie „Stadtumbau Ost“ laufend fortgeschrieben.

Einer von vier Schwerpunktbereichen des Handlungskonzepts ist die Stärkung von Kultur, Bildung, Sport, Freizeit sowie die Anbindung der südlichen Innenstadt an den Unteruckersee.

Wie die Abbildung zeigt, ist im innerstädtischen Bereich ein Entwicklungsdreieck definiert, in welchem dem in der Stadt bis dato vorherrschenden Mangel an bürgerorientierten Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen begegnet werden soll.

uckersee die **Freilichtbühne** überdacht und aufgewertet.

Im Zuge von ZiS sollte das Kultur- und Bildungsdreieck durch den Aus- und Neubau weiterer Einrichtungen gestärkt werden.

Als bislang einzige innerstädtische Möglichkeit für Veranstaltungen existierte ein Versammlungsraum im Dominikanerkloster mit einer Kapazität von max. 100 Personen. Die Möglichkeiten für den Schul- und für den Vereinssport waren ebenfalls unterentwickelt.

Durch die Errichtung einer Mehrzweckhalle als Dreifeldturnhalle mit der Möglichkeit der Nutzung als innerstädtischer Veranstaltungsort mit 800 Plätzen, entsprechender Ausstattung wie Bestuhlung, Bühne und Technik, wurden verschiedene Ziele erreicht:

- Die überragende Bedeutung des Städtischen Gymnasiums und damit die Bedeutung Prenzlaus als Schulstandort für die gesamte Region wurden gestärkt.
- Der für die Identifikation mit seiner Heimat bedeutende über Vereine getragene





## Integrierte Programme der Stadtentwicklung in Brandenburg

Breitensport wurde durch die Bereitstellung weiterer Trainingsmöglichkeiten gefördert.

- Im innerstädtischen Bereich wurde ein attraktiver Veranstaltungsort etabliert, der für das kulturelle Angebot von besonderer Bedeutung ist.

Der Unteruckersee stellt für die Stadt Prenzlau und für die Region im Hinblick auf Wohnwert, Freizeitmöglichkeiten und Tourismus ein bedeutendes Potenzial dar. Die Entwicklung des Seeufers im Bezug auf diese Funktionen ist somit ein wichtiges Ziel der Entwicklung der Prenzlauer Innenstadt.

Der über ZiS finanzierte Neubau des sehr in die Jahre gekommenen und baufälligen **Funktionsgebäudes am Seebad** ist - neben anderen realisierten kleineren Projekten in diesem Bereich - ein wichtiger Baustein für die Erreichung dieses Ziels (Kosten: 631.000 Euro). Darüber hinaus erfüllt der Neubau ein - wie Befragungen zeigten - sehr wichtiges Anliegen der Prenzlauer Bewohner

und Besucher und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Identifikation der Bewohner mit ihrer Heimat.

Als weiterer wichtiger Baustein zur Entwicklung dieses innerstädtischen Dreiecks ist die **Erneuerung der Rathauses** und die damit verbundene Anlage von weiteren Parkplätzen im innerstädtischen Bereich in fußläufiger Erreichbarkeit zu allen genannten Kultur- und Bildungseinrichtungen zu nennen. Über das Parkplatzangebot hinaus bedeutet die durch den Umbau mögliche Konzentration der städtischen Ämter am Standort Rathaus und die damit verbundene erhöhte Besucherzahl eine weitere Stärkung der Innenstadt und der dort angesiedelten Institutionen und Geschäfte.

Die Stadt Prenzlau will den Weg der konsequenten Entwicklung der Innenstadt und die damit verbundene Stärkung ihrer Funktion als „Anker im ländlichen Raum“ weiter beschreiten. Viele der im Integrierten Handlungskonzept definierten Projekte sind noch umzuset-

zen. Neben der Bereitstellung und Förderung des Baus und Erhalts der Infrastruktur als „Hardware“ erscheint es aber unbedingt erforderlich, die notwendigen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Einrichtungen als dazugehörige „Software“ sicherzustellen. In der Stadt werden die vorhandenen Einsparpotenziale genutzt. Einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung kommunaler Aufgaben kann dabei die Verstärkung des Ehrenamts leisten.

Das Land hat weiterhin die wichtige Aufgabe, die Funktionsfähigkeit von Städten wie Prenzlau als „Anker“ im peripheren ländlichen Raum zu gewährleisten. Neben der Bereitstellung gezielter Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen sind die Sicherstellung einer leistungsfähigen Finanzausstattung der betroffenen Kommunen und die bedarfsgerechte Gestaltung der Rahmenbedingungen wie z. B. der Klassenstärke und der damit verbundenen Zügigkeit von Schulen zu nennen, damit die Funktion dieser Gemeinden für die Daseinsvorsorge erhalten bleibt. ■



Rathaus nach der Erneuerung mit erweiterten Parkmöglichkeiten



Neugebautes Funktionsgebäude am Seebad

## Rathenow - Zukunft durch Aufnahme der Stadt in die Handlungsinitiative ZiS

Ronald Seeger

Ich möchte an dieser Stelle den Dank der Rathenowerinnen und Rathenower und auch meinen eigenen für die Aufnahme der Stadt in die Handlungsinitiative ZiS - Zukunft im Stadtteil - ausdrücken.

In Rathenow ergab sich die einmalige Gelegenheit, über das ZiS-Programm, Mittel der Förderprogramme Stadtbau Ost, der städtebaulichen Sanierung, der Sportstättenförderung und nicht zuletzt der Landesgartenschau 2006 in einem übergrei-

fenden Konzept zu bündeln. So konnten zielgerichtet und aufeinander abgestimmt städtebauliche Maßnahmen eingeleitet werden, die die Stadt allein oder die einzelnen Förderprogramme für sich genommen, nicht hätten leisten können.



Das Ergebnis war eine nachhaltige Aufwertung innerstädtischer Flächen, ich spreche sogar von der Wiederentdeckung ganzer Quartiere im Stadtkern.

Die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die beginnende Erschließung der Potenziale der Stadt am Wasser gaben Rathenow einen wichtigen Impuls zur Belebung der Innenstadt. Unter anderem wurden historisch wertvolle Kleinode wie das barocke Torhaus am Friedhof für die Nachwelt gerettet. Touristische Anziehungspunkte, wie der Alte Hafen wurden entwickelt. Innerstädtische Bau-

flächen für selbstgenutztes Wohneigentum wurden ins Bewusstsein der Rathenower gerückt. Diese vielen Mosaiksteinchen der Stadtentwicklung fügen sich nach und nach zu einem wunderbaren Gesamtbild zusammen und werden in der weiteren Strategie der Stadt eine systematische Ergänzung finden.

Nicht zuletzt muss die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt gewürdigt werden. In der Arbeit des Stadtteilbeirates, in Versammlungen und in der Planungswerkstatt brachten sie ihre Kraft und ihre Ideen ein und bereicher-

ten damit die Projekte enorm. Auch ihr privates Engagement bei der Umsetzung der Projekte ist uns Beispiel und Ziel für die Zukunft zugleich. Ich schaue stolz zurück auf das, was geleistet wurde - vielen Dank an alle Unterstützer!

Im Folgenden stellt Ihnen das mit der Erarbeitung des integrierten Handlungskonzeptes und dem Programmmanagement beauftragte Büro STEINBRECHER u. PARTNER Ingenieurgesellschaft mbH die ZiS-Projekte in Rathenow vor.

## Rathenow - Die Wiederentdeckung ganzer Stadtkernquartiere

Kerstin Böhm

### Die ZiS-Projekte

Das integrierte Handlungskonzept (iHK) beschreibt und ordnet die ZiS-Projekte in den Gesamtkontext der städtischen und der privaten Maßnahmen ein. Die Ziele des Stadtumbaukonzeptes und des Sanierungsplans flossen in das iHK ein. Zusammen mit den Planungen der Landesgartenschau 2006 entstand so ein schlüssiges Gesamtkonzept, um die Innenstadt Rathenows wirksam und nachhaltig aufzuwerten.

Die ZiS-Projekte wurden in den Projektbündeln „Jugend-, Kultur- und Freizeitzentrum Schwedendammsinsel“, „Aufwertung Altstadtinsel“, „Hafen und barocke Neustadt“ sowie „Bahnhofsquartier“ zusammengefasst.

### Überblick im Programmablauf

#### Okt. 2000

Bewerbung um Aufnahme in die Handlungsinitiative „Zukunft im Stadtteil – ZiS“ mit dem Stadtteil Rathenow Ost als Handlungsraum.

#### Feb. 2003

Modifizierung des Antrages auf Erhaltung und Stärkung des Stadtzentrums mit dem Sanierungsgebiet.

#### Mär. 2003

Zusage vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg zur Aufnahme in die Handlungsinitiative.

Projekte nach Projektbündeln:	Zeitraum Durchführung:	Kosten:
<b>Jugend-, Kultur- und Freizeitzentrum Schwedendammsinsel</b>		
Abriss und Sanierung Mühle	2003	246 Tsd. €
Umnutzung der Konsummühle Stadtplatz am Schwedendamm / Hofbereich Mühle	2004 - 2007	3,945 Mio. €
Sportplätze und Umfeld	2005 - 2006	1,465 Mio. €
	2004 - 2006	1,276 Mio. €
<b>Aufwertung Altstadtinsel</b>		
Uferpromenade (in fünf Teilabschnitten)	2005	725 Tsd. €
<b>Hafen und barocke Neustadt</b>		
Platzgestaltung Hafen + Südhang Kirchberg	2005	1,304 Mio. €
Torhaus am Friedhof	2004 - 2005	366 Tsd. €
<b>Bahnhofsquartier</b>		
Erneuerung Bahnhofstraße	2005	683 Tsd. €
Volkspark Vogelgesang	2005 - 2006	1,832 Mio. €
<b>Programmbegleitende Maßnahmen</b>		
Integriertes Handlungskonzept	2003 - 2004	71 Tsd. €
Programmmanagement	2004 - 2006	171 Tsd. €
Öffentlichkeitsarbeit und Stadtteilbüro	2005 - 2007	223 Tsd. €

#### Jul. 2003

Grobfassung des integrierten Handlungskonzeptes in Abstimmung mit dem MSWV, dem LBVS und der ILB vorgelegt.

#### Aug. 2003

Öffentliche Auftaktveranstaltung, bei der zur Mitwirkung in einem zu bildenden Stadtteilbeirat aufgefordert wurde.

#### Nov. 2003

Vorlage der Endfassung des integrier-

ten Handlungskonzeptes, vervollständigt durch den Maßnahmen- und Projektkatalog, der durch die rege Mitarbeit des Stadtteilbeirats wie auch die weitere Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadt, Projektträgern und Beteiligten entstand.

#### Feb. 2004

Beschluss des integrierten Handlungskonzeptes durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow.



**Apr. 2004**

Bestätigung des integrierten Handlungskonzeptes.

**seit Mai 2004**

Bewilligung der Fördermittel für die Durchführung von Maßnahmen.

**Das Projekt Umbau Konsummühle**

Das Stadtzentrum Rathenows wird im Westen von der Havel begrenzt, die hier mit mehreren Seitenarmen einige Inseln umfließt. Über die Inseln hinweg verbindet die Bundesstraße B 188 den Stadtteil Rathenow-West mit der übrigen Stadt. Auf der größten dieser Inseln, direkt an der Langen Brücke gelegen, befindet sich der stadtbildprägende Gebäudekomplex „Konsummühle“. Mit seinen mächtigen hoch aufragenden Mauern aus rotem Klinker markiert die im 19. Jh. errichtete Mühle den westlichen Eingangsbereich zum Stadtzentrum bis weit in die Landschaft hinein. Mit Hilfe vor allem des Förderprogramms Zukunft im Stadtteil gelang es, dieses wichtige Gebäudeensemble, das viele Jahre leer stand und zu verfallen drohte, wieder einer Nutzung zuzuführen.

Der Umbau der Mühle erfolgt in zwei Schritten. Im ersten Schritt wurden die Bausubstanz dauerhaft gesichert und ein Grundausbau hergestellt, so dass die Mühle temporär als Hauptgebäude für die Landesgartenschau 2006 dienen konnte. Zwei Blumenhallen, die Büros der LAGA GmbH, das Pressezentrum, ein Grünes Klassenzimmer und ein Kochstudio sowie etliche wechselnde Ausstellungen von Künstlern der Region fanden in ihr Platz.

Im zweiten Schritt, der nach der LAGA 2006 realisiert wird, erfolgt der Endausbau der Mühle zum Haus der Jugend und zur Musikschule. Im benachbarten Zellenspeicher wird ein Wasserwanderstützpunkt den Besucher von der Havel aus in der Stadt willkommen heißen.

Der Umbau stellte Planer und Bauleute vor einige knifflige Problemstellungen, wie die Verbindung von Gebäuden mit ehemals unterschiedlichen Raumhöhen, die Entfernung von Schwamm aus Teilen des Mauerwerks oder die Gründungssanierung, die aber alle innovativ und gestalterisch gelungen gelöst werden konnten. Zwischen moderner Ästhetik und historischer Bausubstanz, zwischen vorheriger und zukünftiger Nutzung wurde eine gelungene Verbindung hergestellt.



Die Mühle: Zurzeit noch Hauptgebäude der Landesgartenschau 2006 - bald das Haus der Jugend und Musikschule der Stadt.

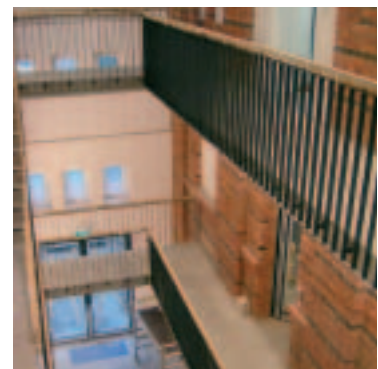
Die Mühle als „Haus der Jugend“ konnte natürlich nicht umgebaut werden, ohne die Jugend zu fragen. Also erhielten am 23.10.2005 Kinder und Jugendliche im Rahmen eines Stadtfestes in Rathenow die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zur Nutzung und zur Gestaltung ihres zukünftigen Hauses der Jugend zu äußern. Bei der Aktion mit dem Namen „Mach Mit Mühle“ brachten sich etwa 60 Kinder mit Stift und Eifer auf den bereitgestellten Grundrissen der Mühle ein. Zusammen mit der Leiterin des Hauses der Jugend entwarfen sie die Räume und diskutierten über die Ausstattung.



Entfernung Holzstützkonstruktion während des Umbaus.



Eng, niedrig und dunkel - das Innere der Mühle vor dem Umbau



Großzügig und hell - die Mühle nach dem Umbau. (hier Blick ins Treppenhaus)





Der künftige Konzertsaal der Musikschule Rathenow

Dabei kamen durchaus auch überraschende Wünsche zustande. In mehreren, der Veranstaltung folgenden Sitzungen, erarbeiteten die Kinder im Haus der Jugend aus den Ideen einen Gesamtplan. Die meisten Ideen sind direkt in die Planungen zum Endausbau der Mühle nach der LAGA eingeflossen.



„Wandermusikanten“ der Musikschule in der City unterwegs



„Mach Mit“-Bastelstraße im ZiS Info-Laden

Den Rahmen des Festes rundeten die musikalischen Darbietungen der Musikschule ab. Das Haus der Jugend betreute darüber hinaus eine Bastelstraße. Die Festbühne auf dem Märkischen Platz wurde von der markanten Werbung der Jugendlichen für ihre Mühle geprägt.

### Das Projekt Planungswerkstatt für die Altstadtinsel

Vom 07. bis 14.04.2005 fand die Planungswerkstatt für die Altstadtinsel statt. Die Planungswerkstatt war die zweite

dieser Art in Rathenow und baute auf der Perspektivenwerkstatt Rathenow 2003 auf. Diese Öffentlichkeitsmaßnahme bündelte aktiv und intensiv in Arbeitsgruppen an mehreren Tagen das Potenzial von jeweils rund 50 Bürgern, Fachleuten und Verwaltungsangestellten zum Thema Entwicklungschancen der Altstadtinsel.

Konzentriert wurden Maßnahmen entwickelt, um die durch ZiS (Uferpromenade, Alter Hafen, Torhaus, Schwedendamminsel) gelegten Mosaiksteine für die Innenstadt zu ergänzen und einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen. Die entstandenen Maßnahmevorschläge wurden im Werkstattbericht zusammengefasst sowie in einer Ausstellung aufbereitet und in der Sankt-Marien-Andreas-Kirche präsentiert.



Von den 40 erarbeiteten Maßnahmevorschlägen wurden 22 bereits realisiert, 7 sind in Bearbeitung, 10 können erst zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll aufgegriffen werden, und ein Maßnahmevorschlag (Schau-Archäologie) erwies sich im Laufe der Bearbeitung als nicht umsetzbar. Einige Beispiele für realisierte Maßnahmen sind z.B. die Sichtbarmachung besonderer historischer Orte auf der Altstadtinsel, die Einrichtung eines Informationspfades rund um die ZiS-Uferpromenade und das Aufstellen von Schaurahmen als Werbemaßnahme für Wohneigentumsbildung in der Innenstadt.

Die Realisierung der Maßnahmen erfolgte, über das ZiS-Programm hinausgehend, durch privates Sponsoring, Stadtumbau-Ost Aufwertungsmittel, ehrenamtliches Engagement, den städtischen Bauhof, das Wasser- und Schifffahrtsamt, die LAGA-GmbH und durch Sanierungsmittel.

In den Ablauf und die Methodik der Planungswerkstatt eingebunden, fand am 08.04.2005 die Schulaktion „Bauspiel“ auf dem Kirchberg statt. Dabei hatten Klassen und AG's aus fünf Rathenower Schulen und Lerneinrichtungen aus großformatigen Pappen bunte Hausfas-

saden erstellt, die bei einem Sternmarsch quer durch die Stadt zum Kirchberg getragen und dort zu einem „lebendigen Altstadtviertel“ zusammengefügt wurden. Die Aktion ermöglichte den Schülern den Ausdruck ihrer Gestaltungsvorschläge für die Altstadt. Zugleich fungierte das Bauspiel für die Zuschauer als Werbung für die Planungswerkstatt, sowie als Inspiration und Verbildlichung im Diskussionsprozess der Werkstatt-Arbeitsgruppen.



Sternmarsch der Schüler durch die Innenstadt



Die Gestaltungsideen als „Groß-Modell“

Von der Aktion wurde eine Videodokumentation angefertigt. Schüler eines Rathenower Gymnasiums erstellten einen Trickfilm mit ihren Bebauungsvorschlägen. Beide Kurzfilme wurden regelmäßig im Info-Laden vorgeführt. Zudem wurde eine Auswahl der Schülerarbeiten ( Fassaden) Teil der Ausstellung in der Sankt Marien-Andreas Kirche.

### Das Projekt Platzgestaltung Hafen und Südhang Kirchberg

Rathenow ist eine Stadt am Wasser und wie so viele andere Städte wendete sie ihm bislang bestenfalls die Schulter zu. Mit den in Rathenow umgesetzten ZiS-Projekten wurde diese städtebauliche Schwäche gezielt angegangen. Die Umgestaltung des alten Industriehafens zu einer städtischen Promenade und einem Festplatz ist ein wichtiger Mosaikstein zur Öffnung der Stadt zum Natur- und Erholungsraum Untere Havel. Die gewonnene Aufenthaltsqualität schätzen nicht nur die Rathenower, sondern auch die vielen Gäste der Stadt. Für Bootstouristen, ob mit oder ohne Motorkraft, wurde



ein Anlegeplatz geschaffen, zu dem sie immer wieder gern zurückkehren werden. Der Alte Hafen ist ein Schmuckstück, der mit Straßengastronomie, als Promenade zum Weinberg und Festplatz



Die Schleusenspucker - lebendige Stadt-Geschichtchen



Saniertes Schleusenwärterhäuschen

den Uferrundweg, der mit ZiS-Mitteln eingerichtet wurde, ergänzt. Das Wasser wird erlebbar und die Innenstadt damit um einiges lebenswerter. Diese Investitionen haben bereits vielfältige private Investitionen nach sich gezogen.

Als Beispiel für private Folgeinvestitionen im Hafensbereich, aber auch an Flächen entlang des neuen Uferrundweges, sollen hier der Bau und Betrieb eines Fahrradstützpunktes, sowie eines Stützpunktes für Bootsverleih /-reparatur, die Umnutzung alter Gewerbegebäude zu hochwertigem innerstädtischen Wohnen am Alten Hafen und die für 2007 geplante Errichtung von genossenschaftlichen Wohnungen direkt am Schleusenkanal genannt werden. Die öffentlichen Maßnahmen im Bereich Altstadtinsel werteten diese strukturell auf und eröffneten einer breiteren Öffentlichkeit den Blick in die Zukunft der nutzungsgemischten, lebendigen Innenstadt. Die Stadt Rathenow ist z.Z. dabei, den angestoßenen Entwicklungsprozess rund um den Stadtkanal fortzuführen, indem sie Planungen für den nördlichen Kanalbereich eingeleitet hat.



## Schwedt/Oder: Integrierte und strategische Stadtentwicklungsplanung aus einer Hand

Matthias von Popowski, Frank Hein

Die Stadt Schwedt/Oder erlebt seit 1990 einen umfassenden Strukturwandel auf wirtschaftlichem Gebiet sowie in der Folge in der Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Stadtentwicklung. Kennzeichnend sind vor allem erhebliche Bevölkerungsverluste durch Abwanderung. Die quantitative Wohnungsnachfrage kehrte sich in einen strukturellen Wohnungsleerstand um. Parallel wurde deutlich, dass die Infrastrukturausstattung dem Bedarf angepasst werden muss.

Angesichts dieser Ausgangssituation entschied sich die Stadt Schwedt/Oder bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre für einen umfassenden neuen strategischen Ansatz in der Stadtentwicklungspolitik:

- im Stadtzentrum, in der sog. Unteren Talsandterasse, werden stadtentwicklungspolitisch und infrastrukturell bedeutsame Einrichtungen konzentriert und die Wohnfunktionen stabilisiert.

- in der sog. Oberen Talsandterasse werden Infrastrukturangebote und erhebliche Wohnungsbestände mit dem Ziel der Stabilisierung des lokalen Wohnungsmarktes zurückgebaut.

Diese Zielstellung wird flankiert durch ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Schwedt/Oder und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Die Stadt kooperiert eng mit Partnern aus der Wirtschaft und setzt auf die Ansiedlung zukunftsfähiger Branchen und Technologien. Unternehmen vor allem aus der Mineralöl- und Papierindustrie gelang es, sich im Wettbewerb neu aufzustellen und auf internationalen Märkten präsent zu sein. Für das Erreichen der Stadtentwicklungsziele setzt die Stadt sämtliche Instrumente und Programme der Städtebauförderung und Stadtentwicklung ein.

In der Oberen Talsandterasse wird das Programm Stadttumbau für den flächen-

mäßigen Rückbau angewandt. Bis Ende 2006 werden rd. 5.000 Wohnungen zurückgebaut. Die aktuelle Stadttumbauplanung sieht den Rückbau von weiteren rd. 1.300 Wohnungen bis 2015 vor. Zur sozialen Absicherung des Programmgebietes wird das Programm Soziale Stadt seit 1999 erfolgreich umgesetzt.

Im Stadtzentrum bzw. der Unteren Talsandterasse wendet die Stadt hingegen die verfügbaren Aufwertungsprogramme konsequent an. Im Stadtzentrum liegen drei Gebietskategorien übereinander. Dazu zählen das Sanierungsgebiet Altstadt, gleichzeitig auch Aufwertungsgebiet im Stadttumbau, sowie das bis zur Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße (HoFriWa), dem Bahndamm und die Wohngebiete einschließende Programmgebiet Zukunft im Stadtteil (ZiS). Das Stadtzentrum wurde durch den gezielten Einsatz von Infrastrukturinvestitionen, z. B. den Neubau des Tagungshauses abs., die Bündelung der





Einrichtungen der Stadtbibliothek im Ermelerspeicher, den Abriss des Bürohochhauses und die anschließende Neuansiedlung im Einzelhandel sowie Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, z. B. die Gestaltung des Rathaus-Umfeldes und die Neubefestigung und Nutzbarmachung der Uferzone zur HoFriWa (Bollwerk) umfassend gestärkt.

Die Effekte und Ergebnisse dieser Politik sind positiv. Zunächst ist es gelungen, den lokalen Wohnungsmarkt und damit die Wohnungsunternehmen am Standort zu stabilisieren. Das Stadtzentrum hat sich zum bevorzugten Standort der stadtbezogenen und überörtlich bedeutsamen Infrastruktur herausgebildet; im Rückbauggebiet der Oberen Talsandterrasse wird die Infrastruktur auf das notwendige Maß zur wohnortnahen Versorgung reduziert.



Gestaltung der Uferzone

Die konsequente und zum Teil tief greifende Stadtentwicklungspolitik wird von der Bevölkerung mitgetragen. Über das Programmbüro Soziale Stadt und den Beirat im ZIS-Gebiet ist es gelungen, die Beteiligung der Bevölkerung zu sichern, die Entwicklungsziele offensiv zu diskutieren und mit kleinteiligen Maßnahmen Aktivitäten der Vereine, Initiativen oder von Einzelpersonen zu unterstützen.

Trotz dieser guten Zwischenbilanz steht die Stadt in den kommenden Jahren vor wichtigen Aufgaben und Entscheidungen. Die Einwohnerzahl sinkt weiter, vor allem durch den Sterbeüberschuss. Dies führt zu Überkapazitäten und verändertem Nachfrageverhalten zum Beispiel in der sozialen und technischen Infrastruktur. Hier gilt es, den hohen Standard kommunaler Infrastruktur zu erhalten (=> Bestandssicherung) sowie überzähligen Wohnraum und nicht mehr benötigte Einrichtungen weiter zurückzubauen (=> Schrumpfung). Für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes sind



Ausbau des historischen Ermelerspeichers zur städtischen Bibliothek



Umbau einer ehemaligen Grundschule zum Verwaltungsgebäude (Fassade und Umfeld)

kontinuierlich Innovationen und Investitionen notwendig, um im weltweiten Standortwettbewerb mithalten zu können. Dazu sind industrielle und wirtschaftliche Stärken gezielt weiter zu entwickeln (=> Wachstum).

Die vom Land Brandenburg vorgesehene Neuausrichtung der Förderpolitik und die Bündelung der Kompetenzen in den Regionalen Wachstumskernen sowie die Erarbeitung von Integrierten Stadt-

entwicklungskonzepten (INSEK) bieten gute Chancen diese Herausforderungen zu bewältigen und die Zukunft offensiv und aktiv zu gestalten. Mit den vorgesehenen Neuregelungen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), das eine bessere Finanzausstattung der zentralen Orte vorsieht, werden unterstützend wesentliche Rahmenbedingungen verbessert.

Im Zuge der laufenden Überprüfung der strategischen Zielsetzungen beabsichtigt die Stadt Schwedt/Oder, den eingeleiteten Weg des integrierten Handelns weiter zu gehen und gezielt Prioritäten sowie räumliche und thematische Schwerpunkte zu benennen und mit Maßnahmen zu untersetzen. Im Zuge des Standortentwicklungskonzeptes für den regionalen Wachstumskern sowie im Integrierten Stadtentwicklungskonzept setzt die Stadt auf gezielte Unterstützung insbesondere aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie der einzelnen Landesressorts. ■



Herstellung eines Kreisverkehrs





## Soziale Stadt als Ziel und integrative Strategie im Kontext des Stadtumbaus Programmumsetzung in Schwedt/Oder

Dr. Ingeborg Beer

Der Anspruch einer ganzheitlichen Aufwertung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ zur Stärkung der Integrationsfähigkeit der „sozialen Stadt“ steht in Schwedt/Oder von Anfang an im Kontext des Stadtumbaus. Vor allem im Wohngebiet Am Waldrand führte das Zusammentreffen von wohnungswirtschaftlichen, städtebaulichen und sozialen Problemkonzentrationen mit der Rückbaustrategie von Außen nach Innen zur partnerschaftlichen Umsetzung beider Programmansätze. Im Unterschied zu Stadtteilen „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ andernorts wurden damit die Ziele, Handlungsfelder und Beteiligungsprozesse der Sozialen Stadt über Jahre hinweg von dem enormen Schrumpfungsprozess des Stadtteils und dessen Wirkungen für die Bewohnerinnen und Bewohner bestimmt: Die Soziale Stadt in Schwedt ist in die Gleichzeitigkeit des massiven Rückbaus und eines „temporären Quartiers“ eingebettet.

Heute sind Stadt und Wohnungsunternehmen in Sachen Rückbau - wengleich der Stadtumbau eine Daueraufgabe bleiben wird - über dem Berg. Das Wohngebiet Am Waldrand mit einst 13.000 Einwohnern ist zu einer kleinen Siedlung mit etwa 2.000 Einwohnern geworden. Leer stehende Gebäude sind weitgehend verschwunden; es bleiben modernisierte Wohnungen mit unterschiedlichen Mietniveaus. Mit Unterstützung der Sozialen Stadt entstand für Kinder und Jugendliche eine Skaterbahn, wurden Schulen, Kitas und Sporthallen modernisiert, Schulhöfe und Freiflächen umgestaltet.

Diese baulichen Investitionen dokumentieren sichtbare Erfolge des investiven Zusammenwirkens beider Förderprogramme für die Zukunftsfähigkeit des Stadtteils. Andere Ergebnisse und Erfolge bleiben weitgehend unsichtbar. Doch gerade sie markieren den mit der Sozialen Stadt eingeleiteten Paradigmenwechsel von der Stadtbaupolitik zur Stadtpolitik: Integrierte und ressortübergreifende Strategien, flexible und tem-

poräre Maßnahmen, neue Akteurskonstellationen und die Partizipation von Bewohnerinnen und Bewohnern.

### Aufweitung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Dimension des Stadtumbaus

Die integrative Leistung des Programmansatzes Soziale Stadt liegt nicht in ihrem Bezug auf einzelne Gruppen oder Aufgaben – sie liegt im Quartiersansatz. Wesentliches Instrument dafür ist das „integrierte Handlungskonzept“, das in Schwedt – ähnlich wie in anderen Städten - wohnungswirtschaftliche, städtebauliche und infrastrukturelle Probleme mit den Handlungsfeldern Integration und Stadteileben, Arbeit und Beschäftigung, Beteiligung und Organisation, Öffentlichkeit und Image zusammen denkt und im Zusammenwirken mehrerer Akteure und Bewohnergruppen mit Unterstützung des Stadtteilmanagements umgesetzt. Dazu zählen beispielhaft folgende – auch kleine - Projekte in den Handlungsfeldern:

- Im Handlungsfeld „Stadteileben“ organisierten Vereine und Institutionen, Wohnungsunternehmen und Bewohner im Rahmen der Festwoche Am Waldrand zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und Vorträge (Geschichte des Stadtteils, Tag der Gesundheit, des Sports, Tanz in den Mai etc.) zur Begegnung der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Identifikation mit dem veränderten Stadtteil.

- Im Handlungsfeld „Arbeit und Beschäftigung“ organisierten die Talsandschule und der größte Industriebetrieb der Stadt (PCK) mit dem Förderprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke LOS“ das Projekt Praxislernen zur Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler und vernetzten Wirtschaft und Schule.

- Im Handlungsfeld „Beteiligung“ bauten Lehrer und Eltern gemeinsam Pergolen für den Schulhof, organisierten jugendliche Spätaussiedler Tanz- und Musikveranstaltungen...

### Flexible Unterstützung des „temporären Quartiers“

Das „temporäre Quartier“ ist der über Jahre hinweg für das alltägliche Leben der Bewohnerschaft bedeutungsvolle Zustand des unaufhaltsamen Verschwindens weiter Bereiche des Stadtteils: Leerstand nimmt zu, Straßenampeln werden abgeschaltet, Nachbarschaften lösen sich auf, Schulen werden geschlossen, soziale Probleme verstärken sich, der Abriss beginnt. Während die auf Langfristigkeit ausgelegte und auf Wohnungswirtschaft und Städtebau orientierte Programmatik des Stadtumbaus hier Unterstützung versagt, ermöglicht die Zielorientierung der Sozialen Stadt mit ihren Partnerprogrammen (Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: E+C, K & Q oder LOS) die unbürokratische Umsetzung von Projekten, mit zeitlich begrenzter Dauer, unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner.

- Kleinteilige Maßnahmen: Pflege eines Brunnens durch eine Bewohnerin, Sprayaktion von Jugendlichen, Bepflanzungen im Schulhof, Tulpenaktion im Gebiet ...

- Fassadengalerie: Kinder und Jugendliche aus mehreren Einrichtungen bemalen große Stoffbahnen und gestalten in leer stehenden Gebäuden mit Unterstützung eines Wohnungsunternehmens die „Fassadengalerie“ zur Minderung des tristen Charakters des Wohngebiets und zur Differenzierung von dessen „Abriss-Image“.

### Herausbildung kooperativer und partizipativer Strukturen

Der große Anspruch des Förderprogramms Soziale Stadt liegt im ressortübergreifenden Handeln der kommunalen Verwaltung, im kooperativen Mitgestalten der Akteure sowie der Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an den Veränderungen des Stadtteils. In Schwedt haben sich mit Unterstützung des Stadtteilmanagements auf mehreren Ebenen Kooperations- und Beteiligungsstrukturen entwickelt.



- Arbeitskreis Soziale Stadt: Alle Akteure des Gebiets, Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung und Wohnungsunternehmen, der Parteien, Schulen, Kitas und einige Bewohner sind in die Erstellung und Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes eingebunden und entscheiden mit. Sie diskutieren regelmäßig über Planungen und Konzepte im Gebiet und beschäftigen sich mit Themen wie Jugendarbeit, Zusammenleben mit Spätaussiedlern etc.
- Vergabebeirat: Diese aus Institutionen und Bewohnern gebildete Gruppe entscheidet eigenständig über die Verwendung finanzieller Mittel (Kleinteilige Maßnahmen) und die Auswahl von Projekten (LOS).
- Spätaussiedler-Netzwerk: Dieses Netzwerk ist eng in die Prozesse der Sozialen Stadt eingebunden.
- Regionalkonferenzen der LOS-Projekte: Der Erfahrungsaustausch zwischen den Projektträgern fördert die Zusammenarbeit von Vertretern der Wirtschaft, der Kommune, Vereinen, Schulen, der Jugendarbeit.
- Projektorientierte Beteiligung: In den Projekten kooperieren verschiedene Träger und fördern eine zielgruppenorientierte Beteiligung. Beispiele hierfür: Workshops und Kinderkonferenz zur Mitgestaltung des Schulhofs, Umgestaltung von Freiflächen unter Einbeziehung von Beschäftigungsträgern.
- Vereine: Zahlreiche Vereine unterstützen ehrenamtliches Engagement, generieren „soziales Kapital“ und werden als Träger von Projekten in gewisser Weise auch Motor der Quartiersentwicklung.

### Soziale Stadt – mehr als ein Förderprogramm

Das Zusammenwirken der Sozialen Stadt mit dem „Stadtumbau“ hat mit umfassenden investiven Maßnahmen, temporären Projekten sowie Kooperations- und Beteiligungsmodellen zur Zukunftsfähigkeit des Stadtteils Am Waldrand beigetragen. Die programmatische Idee der Sozialen Stadt erzeugte und förderte eine Kultur des integrierten Miteinander-Arbeitens und Verantwortung-Übernehmens in schwierigen Veränderungsphasen. Für Schwedt wie andere Städte bleibt der soziale Ausgleich zwischen den Stadtteilen und die Stärkung der Integrationsfähigkeit der Stadt eine dauerhafte Herausforderungen: Darin liegen Qualität und Anspruch einer Sozialen Stadt – nicht nur des gleichnamigen Förderprogramms.

## Begleitung des Wandels in Senftenberg

Kai Reichelt

Seit 2002 ist die „Westliche Innenstadt“ von Senftenberg verstärkt im Fokus der Stadtentwicklung. Einerseits ist sie ein Schwerpunktgebiet für den Stadtumbau und weist als Verbindungsraum zwischen der Altstadt und dem Senftenberger See beachtliche Potenziale auf. Andererseits lebt hier etwa ein Viertel der Senftenberger Bevölkerung. Eine hohe Fluktuation und ein überdurchschnittlicher Anteil von Bewohnern die der Unterstützung bedürfen, belasten die Nachbarschaften hier besonders. Um die Chancen für die Stadtentwicklung zu nutzen und die komplexen Problemlagen in der „Westlichen Innenstadt“ zu lösen, setzt Senftenberg auf die Verknüpfung des Programms Soziale Stadt mit dem Programm Stadtumbau Ost.

Für das Programm Soziale Stadt wurden drei große Schwerpunktprojekte festgelegt. Dazu zählen die Neugestaltung der Freianlagen am Jugendhaus „Pegasus“, die vorzugsweise soziokulturelle Nachnutzung eines im Jahr 2004 geschlossenen Schulgebäudes sowie die Aufwertung des Senftenberger Tier-

parks als Zentrum der Umweltbildung. Ab 2004 wurde für die „Westliche Innenstadt“ ein Stadtteilmanagement voll arbeitsfähig und die Programmumsetzung konzentriert angegangen. Zeitgleich zur Vorbereitung der Schwerpunktprojekte wurden gezielt kleinere Gemeinschafts-

projekte und Beteiligungsaktionen initiiert, um schnell Zeichen für die „Westliche Innenstadt“ zu setzen.

### Kunst setzt Zeichen

Kunst und Kultur haben in Senftenberg einen hohen Stellenwert. Neben dem



Julii 2006, Abschluss Startprojekt „Neugestaltung der Freiflächen am Jugendhaus“. Die gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen konzipierte Neugestaltung steigert die Anziehungskraft und schließt eine Versorgungslücke an Spiel- und Sportangeboten im Quartier.





## Integrierte Programme der Stadtentwicklung in Brandenburg

bundesweit beachteten Programm der "Neuen Bühne - Senftenberg" prägen eine Vielzahl von Veranstaltungen, Festen, Ausstellungen das kulturelle Leben der Stadt. Das Programm "Soziale Stadt" versuchte in diesem Kontext neue Impulse zu setzen.

Das Projekt "Hallo Partner" des Künstlers Eberhardt Krüger steht für Freundschaft mit den Partnerstädten, Verständigung und Zusammenhalt und schafft neue Orte der Kommunikation im öffentlichen Raum. Drei groß dimensionierte Stuhlpaare laden an verschiedenen Standorten in Senftenberg zum Verweilen und zum Austausch ein. Das Projekt wurde im Jahr 2005 zusammen mit Künstlern aus den Partnerstädten Senftenbergs umgesetzt. In den Partnerstädten steht ebenfalls jeweils ein Stuhl.

Einige seit Jahren leer stehende Gebäude in der "Westlichen Innenstadt" prä-



Juni 2004, Eröffnung des neu gestalteten Neumarktes. Zwei 6 mal 6 Meter große bemalte Platten sorgen dafür, dass der benachbarte leere Plattenbau nicht mehr ganz so trübselig wirkt. Ca. 50 Kinder einer Grundschule und zehn Jugendliche des Senftenberger Gymnasiums gestalteten die Platten. Sie hingen bis zum Abriss des Gebäudes im Winter 2004/2005 am Gebäude.



Anfang Juni 2005 wurden an den Standorten Altstadteingang, Neumarkt und am Seeufer die Stuhlpaare des Kunstprojektes "Hallo Partner" eingeweiht. Die Stuhlpaare wurden schnell als Treffpunkte angenommen und stehen für den Zusammenhalt und die Verständigung in der Stadt und mit den internationalen Partnern.

gen die Wohnmilieus und die Wahrnehmung der Stadt von Besuchern und Touristen negativ. Der Plattenbau am Neumarkt sowie das elfgeschossige Hochhaus an der Adolf-Hennecke-Straße bilden aufgrund ihrer zentralen Lage eine Schlüsselstellung. Diesem Problem nahm sich die Soziale Stadt an und fand einfache Mittel, um die Wirkungen zu



Juni 2005, Jugendliche stellen ihr eigenverantwortlich gestaltetes Projekt "Hochhausfenster" vor. Die mit tristen Verkleidungen gesicherten Fenster der ersten beiden Obergeschosse am Hochhaus Adolf-Hennecke-Str. wurden mit Porträts möglicher Bewohner gestaltet. Ausgewählte Motive wurden zum Logo der Sozialen Stadt in Senftenberg.

dämpfen und zugleich die Bewohnerschaft einzubinden. Idee war, dass Kinder und Jugendliche die Gebäude als Projektionsflächen für eigene Gestaltungen nutzen können.

### "SeeStadt Senftenberg"

Die touristischen Potenziale des Senftenberger Sees stärker mit der restaurierten Altstadt zu verknüpfen, zählt zu den wichtigsten Stadtumbauaufgaben in der "Westlichen Innenstadt". Als Projekt "SeeStadt Senftenberg" zählt diese Aufgabe zu einem der 24 Projekte der IBA "Fürst-Pückler-Land" GmbH in der

Niederlausitz. Erste konzeptionelle Schritte für das Projekt wurden über den Wettbewerb European 7 im Jahr 2003 geleistet. Die Beiträge sahen u.a. die Anlage eines großen bis an die Altstadt heranreichenden Hafenbeckens oder die Anlage eines Hafens bzw. ein urbanes Zeichen am Seeufer vor. In den folgenden Schritten ging es darum, die Machbarkeit weiter zu prüfen sowie die Vision und das Leitbild der "Innenstadt am See" gemeinsam mit der Bürgerschaft und den zahlreichen einzubindenden Partnern zu diskutieren sowie neue Sichtweisen und weitere Ideen zu generieren.



Im Rahmen eines Workshops, der 2005 von der IBA im Rahmen des REKULA-Projektes organisiert wurde, setzten sich Studenten aus drei Nationen mit Fragen der Begleitung und Vermittlung der Vision auseinander. Die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den langwierigen und im Ergebnis offenen Planungsprozess war Teil der Aufgabenstellung. Als Ergebnisse des Workshops entstanden Vorschläge für ein schrittweise realisierbares Umbaukonzept, temporäre Vor-Ort-Installationen - zum Beispiel Markierungen an wichtigen Wegen und am Seeufer - sowie ein Umbauspiel, bei dem man die Rolle des Bürgermeisters oder des Grundstückseigentümers übernehmen und am Modell den Umbau und die nötigen Interessenabgleiche vollziehen kann.

Die Ergebnisse des Workshops wurden im Rahmen eines Aktionstages "Stadt(umbau) trifft See" im Juni 2005 einem großen Besucherkreis vorgestellt. Die eingesetzten Formen der frühzeitigen öffentlichen Beteiligung und Kommunikation haben gezeigt, dass langfristige Visionen einen wichtigen und positiven Beitrag leisten, um in der Bürgerschaft Vertrauen in die Zukunft und die Perspektive der Stadt zu festigen.



Studenten präsentieren ihre Ergebnisse des REKULA-Workshops im Rahmen des Aktionstages "Stadt(umbau) trifft See" im Juni 2005.

### Blumen für Senftenberg

Der Abriss von Wohnhäusern vollzieht sich in Senftenberg nicht nur in den Wohngebieten am Stadtrand, sondern auch in der "Westlichen Innenstadt". Die frei werdenden Flächen sollen dort, wo eine Entdichtung nicht die Wohnqualität für die verbleibenden Milieus erhöht,

möglichst wieder baulich genutzt werden. Allerdings zeigte sich, dass viele auch sehr zentral gelegene Standorte aufgrund ausbleibender Nachfrage über einen längeren Zeitraum keine neue Entwicklung erfahren. Viele Senftenberger sehen die üblichen einfachen Raseneinsaaten nach Gebäudeabriss nicht als optimale Lösung auch für potenzielles Bauland an, zumal die neuen freien Flächen in der Innenstadt von vielen und insbesondere auch Besuchern und Touristen wahrgenommen werden. So entstand die Initiative, den Umgang mit den neuen Flächen stärker zu thematisieren. Die Flächen sollen durch Aktionen bis hin zu temporären Gestaltungen für die Bürgerschaft nutzbar werden.

Als ein erstes Projekt startete im Herbst 2005 der Aktionstag "Blumen für Senf-

tenberg". Am Neumarkt, der prominentesten Abrissfläche in der Senftenberger Innenstadt, startete eine groß angelegte Pflanzaktion. Der nahe am Standort wirkende Kinderschutzbund übernahm die Federführung für das Projekt. Insgesamt beteiligten sich rund 11 Einrichtungen und Vereine, von Kita's, Schulen, einer Frauengruppe bis hin zum NABU an der Aktion und pflanzten am 27. Oktober 2005 tausende von Blumenzwiebeln. Zeitgleich wurden an einem eigens auf dem Marktplatz eingerichteten Stand kostenlos Blumensamen verschenkt. Die Bürgerinnen und Bürger sollten selber entscheiden, wo die Samen in Senftenberg aufgehen. Über 300 Bürgerinnen und Bürger kamen an beiden Standorten mit der Aktion direkt in Berührung.



Drei Kita's, eine Grund- und eine Förderschule beteiligten sich an der gemeinsamen Pflanzaktion im Oktober 2005.



Neben der Frauengruppe des Frauen- und Familientreffs, griffen auch Passanten zu den Pflanzhölzern.





## Know-how weitergeben und nutzen Das Netzwerk integrierter Programme und Projekte -NiPP-

Corinna Wilhelm



Spätestens die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN 1994-1999 hat gezeigt, dass mit der Umsetzung einer integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung ein hoher inhaltlicher Anspruch an alle Beteiligten verbunden ist. Da sich alle städtischen Funktionen auf die eine oder andere Weise räumlich niederschlagen, muss sich für eine am Menschen orientierte Stadtentwicklung vor allem die kommunale Ebene mit einem breiten Themenspektrum befassen. Konkret bedeutet dies für die Verantwortlichen, zu meist aus der Bauverwaltung, Partner aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Bildung, Gesundheit, Kultur etc. ins Boot zu holen und gemeinsam „Stadtentwicklung zu machen“. Hierfür muss ämterübergreifend kommuniziert und zusammen gearbeitet werden – und dann sollen bei diesen Prozessen auch noch die Bewohner und so genannten lokalen Akteure mitgenommen werden. Kein leichtes Unterfangen für die überwiegend kleinen Stadtverwaltungen Brandenburgs!

Aufgrund der positiven Erfahrungen des seit 1996 tätigen URBAN-Netzwerks rief das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung - damals noch Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr – 2001 das Netzwerk integrierter Programme und Projekte (NiPP) ins Leben. Betreut und organisiert wurde NiPP anfangs vom Institut für Stadtentwicklung und Wohnen, später vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV). Ziel von NiPP ist die Unterstützung von mittlerweile 21 Städten mit ihren 30 Programmgebieten bei der Umsetzung von Zukunft im Stadtteil – ZiS, URBAN und Soziale Stadt durch Informations- und Erfahrungsaustausch. Zentrales Anliegen ist der Austausch der Städte untereinander, aber auch mit der Landesebene.

Von besonderer Bedeutung waren die bislang zehn Netzwerktreffen, da die Gelegenheit, jenseits des Tagesgeschäfts mit anderen „Betroffenen“ zusammen zu kommen, einfach nicht zu ersetzen ist. An diesen Tagen können die NiPP-Partner die Vor-Ort-Arbeit ver-

schiedener Städte begutachten und miteinander diskutieren – am intensivsten zuweilen in den Pausen. Gastgebernde Städte waren Oranienburg, Fürstenwalde/Spree, Potsdam, Cottbus, Lübbenu/Spreewald, Neuruppin, Eisenhüttenstadt, Eberswalde und Velten. Vielfältig waren auch die diskutierten Themen: Die Bandbreite reicht von Stadtumbau, Stadtteilarbeit/Quartiersmanagement, Bildung sowie Angeboten für die verschiedenen sozialen Gruppen, bis hin zu Citymanagement, Public Private Partnership, Tourismus und der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Parallel dazu gab es bis 2004 das „kleine Netzwerktreffen“ der Beschäftigten aus den Vor-Ort-Büros, deren Finanzierung in vielen Städten über die Arbeitsförderung erfolgt und die häufig ohne große Vorkenntnisse Stadtteilarbeit machen müssen. Da eine auch für die Netzwerkarbeit erforderliche personelle Kontinuität infolge der veränderten Förderkonditionen nicht mehr gegeben war, wurden diese Treffen nicht fortgeführt.

Ergänzend zum Angebot persönlicher Kontakte gibt es das virtuelle NiPP: Ende 2002 ging die Website

[www.nipp.brandenburg.de](http://www.nipp.brandenburg.de) mit aktuellen Informationen und Terminen, Publikationen, Ansprechpartnern, weiterführenden Links, aber auch Informationen zu den Fördergebieten ins Netz. In Anlehnung an die Website wurde der anfangs noch in gedruckter Form herausgegebene Newsletter *NiPPaktuell* inhaltlich angepasst und auf ein E-Mail-Format umgestellt.

Nach fünf Jahren und zum Ende der aktuellen EU-Förderperiode, mit der auch URBAN und ZiS auslaufen, lässt sich feststellen, dass sich gerade in einem Bundesland mit vielen kleineren Städten und entsprechend eingeschränkten Personalkapazitäten in den Stadtverwaltungen der Aufbau von NiPP gelohnt hat. NiPP ist für die Städte eine kostenlose Plattform für Informationen und eigene Öffentlichkeitsarbeit, aber auch ein Angebot, nicht alles selbst erfinden und ausprobieren zu müssen, sondern sich durchaus guter – oder auch nicht so guter – Erfahrungen anderer Städte zu bedienen. Durch die „Partnervermittlung“ von NiPP ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, auf kurzem persönlichen Weg Know-how z. B. zu Bürgerhäusern, Stadtteilarbeit und –beiräten weiterzugeben bzw. „anzuzapfen“.



Netzwerktreffen in Cottbus



Sehr wichtig ist auch der ständige Kontakt der Städte mit den Partnern auf Landesebene. Am Beispiel der Arbeitsförderung lässt sich erkennen, welchen Qualitätssprung die Verzahnung von Stadtentwicklung und Arbeitsförderung durch die enge Zusammenarbeit der LASA mit den Städten in den letzten Jahren gemacht hat (Stichwort Ressourcenbündelung). Da all dies letztendlich zur besseren Umsetzung der Förderprogramme beiträgt und auch die weniger räumlich verankerten Ministerien die Gelegenheit haben, in direkten Kontakt

mit den Städten zu treten, ist der Nutzen von Netzwerkarbeit auch für das Land nicht zu unterschätzen.

Gleichwohl ist Netzwerkarbeit nie ein Selbstläufer und immer noch optimierbar. So hat sich gezeigt, dass es kaum möglich ist, jedem Anspruch und Informationsbedarf gerecht zu werden. Auch das Ziel, NiPP nach und nach in die Hände der Programmstädte zu legen, hat sich ohne weitere Unterstützung seitens des Landes als nicht realistisch erwiesen.

Schon die fachübergreifende Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung einzelner Stadtteile ist anspruchsvoll – das haben die letzten Jahre gezeigt. Der nächste Schritt insbesondere für die Regionalen Wachstumskerne und die Stadtumbaustädte besteht in der Anwendung dieses Ansatzes auf die Gesamtstadt. Eine Grundlage hierfür sollen integrierte Stadtentwicklungskonzepte sein, an denen viele dieser Städte bereits arbeiten. Das MIR stellt derzeit Überlegungen an, wie es die Städte bei der Umsetzung des INSEK-Gedankens unterstützen kann. ■

## Integrierte Stadtentwicklung in Brandenburg - Garant für zukunftsfähige Städte

Dr. Hans-Michael Brey

Es sind spannende Zeiten für Städte. Gegenwärtig wird eine intensive Debatte über ihre Bedeutung für den Erfolg der einzelnen Länder und Europas im Ganzen geführt. Nach einer Zeit des Übergangs haben die Städte in den letzten Jahrzehnten begonnen, ihre wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Funktionen neu zu entwickeln. Zahlreiche Städte haben Standortvorteile, aufgrund derer sie in einer zunehmend globalisierten Welt bedeutsamer – und sicherlich nicht bedeutungsloser – werden.

Manche Städte sind Mittelpunkt strategischer Entscheidungsprozesse, des Austausches und der Kommunikation. In zahlreichen Städten konzentriert sich wissenschaftliches Potenzial in Universitäten und Forschungseinrichtungen, das für ein hohes Investitionsniveau sorgt. Vielen ist es gelungen, vor allem ihre Zentren zu erneuern, die nun ein beeindruckendes Angebot an Immobilien für Wohnen und Gewerbe aufweisen. Viele Städte verfügen über beachtliche kulturelle Ressourcen, die sich in steigendem Maße als Quelle für Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erweisen. Doch trotz dieses integrativen Potenzials ist ein Teil der Bevölkerung in den Gemeinden und Städten nach wie vor von den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungslinien ausgeschlossen. Auch

wenn in den zurückliegenden zwölf Jahren in der integrierten Stadtentwicklung sehr viel erreicht worden ist, bleibt auch in der kommenden EU-Strukturfondsperiode noch viel zu tun. Es stellt sich somit die Frage, wie das bisher Erreichte zu beurteilen ist, und was in Zukunft auf Ebene des Bundes und der Länder benötigt wird, um Städte zu entwickeln, die eine sozial und wirtschaftlich ausgewogene Entwicklung in einer globalisierten Welt ermöglichen.

Bevor diese Frage beantwortet wird, lohnt es sich einen Blick zurück zu werfen – auf die Bestrebungen der EU, eine integrierte Stadtentwicklung zu fördern. Auch wenn die Europäische Kommission im Bereich der Stadtentwicklung keine eigenen Kompetenzen besitzt, so heißt das nicht, dass sie keinen Einfluss hat. Dieser Einfluss ergibt sich schon aus dem Umstand, dass der überwiegende Teil der EU-Strukturfonds in Stadtregionen zum Einsatz kommt. Um neben den finanziellen Hilfen inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, wurde die Gemeinschaftsinitiative URBAN ins Leben gerufen. Der integrierte Ansatz von URBAN, der inzwischen Vorbildwirkung für weitere Entwicklungsinitiativen hat, liegt in der Einbeziehung verschiedenster Aspekte städtischer Entwicklung. Diese reichen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit über die Wiederbelebung von Stadtvierteln und die Schaf-

fung von Bildungsangeboten bis hin zur Gleichstellung und zur Partizipation der Bevölkerung. Insofern steht nicht die Einzelförderung spezieller Projekte im Vordergrund, sondern die Entwicklung eines gesamten Gebietes mit dem Ziel, den Anschluss an die nationalen und internationalen Entwicklungen zu schaffen und nicht zuletzt Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.

Im Zeitraum von 1994 bis 1999 konnten von dem Programm 118 europäische Stadtgebiete mit einer Gesamtbevölkerung von 3,2 Millionen Menschen profitieren. Aufgrund der Erfolge von URBAN I in den betroffenen Stadtteilen hatte die Europäische Kommission auf Anraten des Europäischen Parlamentes und der Nationalstaaten beschlossen, die Gemeinschaftsinitiative URBAN II fortzuführen. So können zwischen 2000 und 2006 im Rahmen von URBAN II Maßnahmen in insgesamt 70 Städten und Stadtteilen umgesetzt werden.

Aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) stellte die EU für URBAN I und II insgesamt 1,63 Milliarden Euro zur Verfügung. In Deutschland belief sich das Gesamtvolumen aus den Strukturfonds auf 115,2 Mio. Euro für URBAN I und weitere 145,7 Mio. Euro für URBAN II. Aktuell werden Maßnahmen in zwölf deutschen





## Integrierte Programme der Stadtentwicklung in Brandenburg



Cottbus, Sanierung der Turnhalle

Stadtgebieten in Berlin, Bremerhaven, Dessau, Dortmund, Gera, Kassel, Kiel, Leipzig, Luckenwalde, Mannheim/Ludwigshafen, Neubrandenburg und Saarbrücken gefördert.

Auch wenn es in der anstehenden Strukturfondsperiode, 2007 bis 2013, keine Neuauflage der Gemeinschaftsinitiative URBAN geben wird, so wird die städtische Dimension innerhalb der europäischen Kohäsionspolitik in die so genannte „Mainstreamförderung“ integriert werden. Um diesen Prozess zu fördern, hat das Deutsch-Österreichische URBAN-Netzwerk in Anlehnung an den „Acquis Communautaire“, dem Regelwerk der EU, dem alle neuen Mitgliedstaaten bei ihrem Beitritt zustimmen müssen, den „Acquis Urban“ entwickelt. Er umfasst die Errungenschaften von URBAN und versteht sich als Katalog von Kernaspekten zur städtischen Entwicklung, der als Standard bei der Durchführung von Stadtentwicklungsmaßnahmen diskutiert wird. Im Dezember 2003 hatten sich auf Initiative des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes und des französischen URBAN-Netzwerkes 40 URBAN-Städte aus zehn EU-Staaten für den „Acquis Urban“ und damit die Beibehaltung des spezifischen URBAN-Ansatzes ausgesprochen. Flankiert wurde dieser Prozess durch eine gemeinsame Veranstaltung des Ministeriums für Infrastruktur und Raumplanung (MIR), des Deutschen Verbandes sowie des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes am 24. Februar 2005 in

Potsdam, auf der 250 Repräsentanten von Bundes- und Landesministerien, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes, aus Bundestag und den Landtagen sowie von Banken, Stadtentwicklungsagenturen und Wohnungsbaugesellschaften noch einmal erfolgreich für den integrierten Ansatz in der Stadtentwicklung gegenüber der Europäischen Kommission geworben haben.

Diese kluge Unterstützerleistung des Landes Brandenburg im vergangenen

Jahr zählt sich nun an zwei Punkten aus: In der Konsequenz der gemeinsamen Bemühungen ist es zum einen gelungen, den integrierten, städtischen Handlungsansatz in den Beratungen zur kommenden Strukturfondsperiode der Europäischen Union erfolgreich zu verankern. Zum anderen kann das Land Brandenburg, welches bereits in den 1990er Jahren auf die europäischen Entwicklungen offensiv reagiert hat, auf diesen Erfahrungen aufbauen und wird mit Hilfe nationaler und europäischer Fördermittel wettbewerbsfähigere Städte und Gemeinden entwickeln können. Sichtbar wird dieser strategische Vorteil nach Außen an Hand des Projektes „Zukunft im Stadtteil“ (ZIS). Mit Hilfe des Programms werden zehn Innenstädte sowie sechs Quartiere gefördert. Hinzu kommen die Aktivitäten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN I und II in den Städten Brandenburg und Luckenwalde. Abgerundet werden die Bemühungen des Landes Brandenburg durch ein Brachflächenprogramm im Rahmen von Ziel 1. Langfristig wird dieser Wettbewerbsvorteil, der sich u. a. in einer intakten städtischen Infrastruktur manifestiert, in Zeiten knapper Kassen und vor dem Hintergrund der sich anbahnenden demografischen Veränderungen noch verstärkt, wenn dem Kabinettsbeschluss vom 10. Januar 2006 zum Masterplan „Starke Städte – Stadtumbau“ Rechnung getragen wird. Hier hat das Land Brandenburg eine Neuausrichtung in der Förderpolitik auf städtischer Ebene eingeleitet.



Finsterwalde, Umgestaltung Marktplatz und angrenzende Straßen



Um auf die Eingangs gestellte Frage, wie das Erreichte zu beurteilen ist, zurückzukommen, scheinen für die zukünftigen Entwicklungen zwei Überlegungen entscheidend, die sich auch im Masterplan „Starke Städte – Stadtumbau“ niederschlagen. Zum einen, basierend auf dem integrierten Handlungsansatz, eine national finanzierte Grundförderung für die betroffenen Städte einzuführen. Zum anderen eine Spitzenförderung mit europäischen Mitteln dann zu akzeptieren, wenn die integrierten Handlungskonzepte für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes wegweisend sind. Mit dieser Grundsatzentscheidung des Kabinetts ist eine Entwicklung vorweggenommen worden, die sich bundes- und europaweit durchsetzen wird. In Zeiten knapper finanzieller Ressourcen, in Zeiten, in denen Verwaltungen verschlankt werden, Städte sowohl im sozialpolitischen wie auch im wirtschaftspolitischen Bereich gleichermaßen handeln müssen, muss die Fördersystematik effizienter gestaltet wer-

den. Mit den Aktivitäten des Landes Brandenburg sind die wesentlichen Schritte eingeleitet worden.

Damit stellt sich die Frage, was in Zukunft auf bundes- und europapolitischer Ebene zu tun ist: Die Debatte über die Zukunft der europäischen Stadt ist an einem kritischen Punkt angelangt. Städte stehen ganz oben auf der politischen Agenda der Mitgliedstaaten. Viele nationale Parlamente, das Europäische Parlament sowie regionale Interessengruppen in ganz Europa haben ihren Beitrag zu einer erhöhten wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und mehr sozialem Zusammenhalt klar erkannt. Dies kommt nicht zuletzt in den ehrgeizigen Zielen der Lissabonstrategie und den Schwerpunkten der neuen Strukturfondsperiode zum Ausdruck. Dieser Schwung ist nun mit der Hilfe Brandenburgs in der Bundesrepublik Deutschlands zu nutzen, um die Städte zukunftsfähig zu machen. Von der Deutschen Ratspräsidentschaft wird hier ein besonders Signal ausgehen,



Finsterwalde, Bauschild

hat Herr Bundesminister Tiefensee doch die Themen „Zukunft der Städte“ und „Territoriale Kohäsion“ gleichberechtigt auf die politische Agenda gesetzt. Dieses Signal wird gleichermaßen nach Innen wie nach Außen wirken.

## Integrierte Stadtentwicklung und Arbeitsförderung

Heike Hofmann

Wenn es im Rahmen von Stadtentwicklung nicht nur um bauliche und infrastrukturelle Verbesserungen geht, sondern insgesamt um die Verbesserung des städtischen Lebens, dann sind neben den städtebaulichen Bedingungen auch die sozioökonomische Situation vor Ort und die daraus häufig resultierenden vielfältigen Problemlagen zu beachten. Arbeitslosigkeit sowie die Auswirkungen und Folgeprobleme von Arbeitslosigkeit sind dabei wesentliche Faktoren, die die Stabilität und Entwicklung von Städten und vor allem von Stadtteilen wesentlich beeinflussen. Eine langfristige und vor allem zukunftsorientierte Stadtentwicklung darf die Themen „Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung“ deshalb nicht unberücksichtigt lassen.

Anders als bei „klassischen“ Förderinstrumenten der Stadtentwicklung, bei denen die Verbesserung und die Ent-

wicklung des städtebaulichen Bestandes im Focus der Förderung liegen, umfassen deshalb die integrierten Förderprogramme (Zukunft im Stadtteil – ZiS, Soziale Stadt und URBAN) neben der Förderung investiver Vorhaben auch Maßnahmen die dem nicht-investiven Bereich der Stadtentwicklung zuzuordnen sind bzw. die investive Maßnahmen flankierend unterstützen können. Dazu gehören vor allem soziale, beschäftigungs- und bildungspolitische Handlungsfelder. Es gibt in Brandenburg viele Menschen, die derzeit keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben. Die Folgen der verfestigten Arbeitslosigkeit werden in vielen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf deutlich. Es gilt deshalb, sinnstiftende Angebote zu organisieren, die die Chance zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt erhöhen können und die zur Verbesserung der sozialen Teilhabe vor allem von Langzeitarbeitslosen beitragen. Mit

der Integration von Arbeitsförderung in die Stadtentwicklung erschließen sich zusätzliche Beschäftigungsfelder mit hohem gesellschaftlichem und individuellem Nutzen.

Die Inhalte von Arbeitsförderungsmaßnahmen lassen sich überwiegend aus den integrierten Handlungskonzepten zur Stadtteilentwicklung ableiten oder resultieren aus den Grundlagen der Handlungskonzepte, nämlich aus den für die jeweiligen Stadtteile ermittelten sozialen und städtebaulichen Brennpunkten und Handlungsbedarfen.

Viele Städte Brandenburgs haben in den letzten Jahren integrierte Stadtentwicklung und Arbeitsförderung verknüpft. So wurden seit dem Jahr 2001 über die Handlungsinitiative des Landes Brandenburg für städtische Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf im Rahmen der „Gemeinsamen Richtli-





nie“ der Fachressorts des Landes zur Kofinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)<sup>1</sup> Beschäftigungsmöglichkeiten für über 1000 Arbeitslose geschaffen. Die Einsatzfelder der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) bzw. ab 2004 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) waren vielfältig. Viele Projekte widmeten sich gesellschaftlichen Aufgaben. Es wurden soziale und kulturelle Dienstleistungen in den Stadtgebieten unterstützt, zusätzliche Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche oder Senioren geschaffen, Hilfe in den Stadtteilbüros bzw. beim Quartiersmanagement geleistet oder beim Auf- bzw. Ausbau touristischer Aktivitäten mitgewirkt. Darüber hinaus konnten Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und zur Stadtverschönerung beitragen oder für mehr Ordnung und Sauberkeit sorgen. Zu den erreichten Ergebnissen der Maßnahmen gehört aber nicht nur das, was in den Stadtteilen konkret erlebbar bzw. sichtbar wurde. Durch die Teilnahme in den Maßnahmen haben viele Arbeitslose eine erste Möglichkeit für die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben erhalten. So steht z.B. in einer ABM für 60 Jugendliche in Eberswalde die Verbesserung der Integration in Beschäftigung und Ausbildung im Vordergrund. Die Jugendlichen unter 25 Jahren werden durch individuelle Persönlichkeitsanalyse, zielgerichtete Qualifizierungsbausteine und Beschäftigung bei der möglichst passgenauen Bewerbung und Berufsvorbereitung unterstützt. Als beispielhaft möchte ich auch eine Maßnahme aus der Stadt Prenzlau hervorheben: 12 Jugendliche haben sich durch den originalgetreuen Nachbau eines mittelalterlichen Slawenbootes für den Bootsbau qualifizieren können. Das Projekt umfasste darüber hinaus den Bau des Bootssteiges und eines Bootshauses. Das Projekt des Vereins ländliche Arbeitsförderung Prenzlau e.V. wurde im September 2005 mit dem Deichmann-Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit ausgezeichnet.



*BSI-Vorhaben in Fürstenwalde: Renaturierung der für den Naturschutz wertvollen Binnendünen in Fürstenwalde-Süd und -Ost (ZIS) sowie Wiedernutzbarmachung der historischen Parkanlage im Stadtteil Trebus.*

**Realisierungszeitraum:**

*Oktober 2005 bis September 2006*

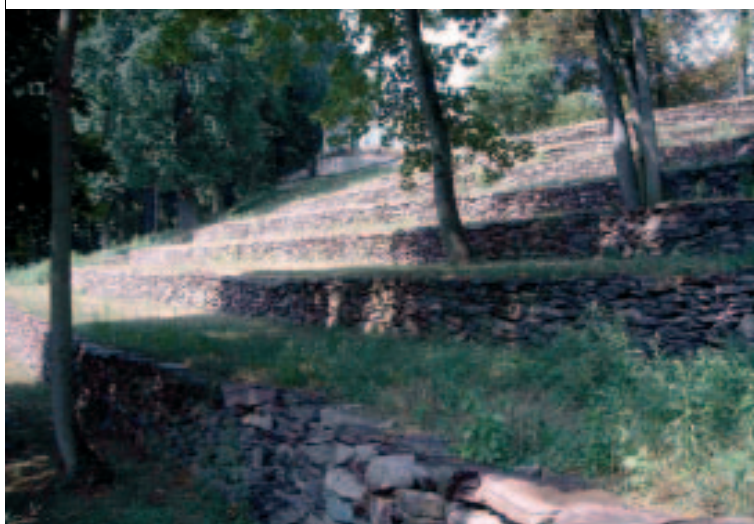
*Zuschuss BSI: 210.000,- Euro*

*Ausführendes Unternehmen: Fürstenwalder TTG GmbH*

*Anzahl der geförderten Arbeitnehmer: 7 (1 Landschaftsgestalter, 2 Garten- und Landschaftsbauer, 2 Tiefbauer und 2 Hilfswerker)*

*Projektvorbereitung und -koordination: Regionales Kompetenzzentrum für integrierte Beschäftigungsinitiativen Landkreis Oder-Spree*

*Weitere Effekte: Zwei Arbeitnehmer sollen anschließend eine Festanstellung beim Wirtschaftsunternehmen erhalten.*



<sup>1</sup> Gemeinsame Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF), des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) über die Gewährung von Zuwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach den §§ 260 ff. SGB III vom 11. April 2006. Die Richtlinie gilt seit Dezember 2000. Die Arbeitsmarktreform des Bundes wurde bei der Fortschreibung der Richtlinie berücksichtigt. Bis März 2004 wurde über diese Richtlinie die Kofinanzierung von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) gewährleistet. Ab 2004 erfolgte die Kofinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).



Die in der ZiS-Richtlinie eröffnete Möglichkeit zur Senkung der kommunalen Eigenanteile durch die Einbindung von Arbeitsförderung in Form von Vergabe-ABM oder Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung (BSI) wurde ebenfalls durch eine Reihe von Städten genutzt. Insbesondere die Stadt Cottbus prüft systematisch die Nutzung von BSI bei der Durchführung städtebaulicher Maßnahmen. Die Vermittlungsquote der BSI-Beschäftigten in reguläre Beschäftigung ist in der Stadt mit über 50% außerordentlich hoch und offenbar ein Ergebnis des oft recht kleinteiligen Einsatzes geförderter Arbeitnehmer in den unterschiedlichsten Investitionsvorhaben der Stadt. Erfahrungen zeigen, dass bei den auftragnehmenden Wirtschaftsunternehmen kaum Schwierigkeiten in der Angebotskalkulation und Realisierung des Auftrages mit geförderten Arbeitnehmern zu erwarten sind, wenn die Anzahl der zu integrierenden, bis dato arbeitslosen Arbeitnehmer relativ überschaubar bleibt und nicht zu einer Überforderung des Unternehmens führt. Im Gegenteil: Die Unternehmen haben hier die Möglichkeit, die Fähigkeiten der geförderten Arbeitnehmer besser kennen zu lernen und eine Übernahme in das Unternehmen zu erproben. Hier spiegelt sich die doppelte Zielstellung der Einbindung von Arbeitsförderung in die Stadtentwicklung von Infrastrukturverbesserung und Entlastung des Arbeitsmarktes wider.

Trotz einer Reihe von vorzeigbaren Erfolgen zur Einbindung der Arbeitsförderung in die integrierte Stadtentwicklung ist unverkennbar, dass Arbeitsmarktreformen, Änderungen in der Handhabung von Arbeitsförderungsinstrumenten und nicht zuletzt die Schaffung neuer Zuständigkeiten und neuer Instrumente nicht spurlos an der Einbindung der Arbeitsförderung vorüber gegangen sind. Die Neubewilligungen von ABM sind seit der Einführung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), besser bekannt als 1-Euro-Jobs, spürbar zurückgegangen.

Die BSI-Förderung wurde in der Förderhöhe deutlich reduziert. Arbeitsförderung hat sich damit bezogen auf die Planung und Durchführung von Vorhaben und Projekten als nicht immer verlässliche Komponente erwiesen. Doch Arbeits- und Beschäftigungsförderung in der integrierten Stadtentwicklung lassen sich nicht nur auf ABM und BSI reduzieren. Es gibt eine Fülle von unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen Förder-



ZiS-ABM-Projekt für 15 Maßnahmeteilnehmer/innen in der Stadt Prenzlau: Verschönerung der Uckerpromenade, Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Naherholungsbedingungen.

**Realisierungszeitraum:**

Juli 2005 – Juni 2006

Projektträger: LAFP e.V. Prenzlau

Projektfinanzierung: Amt für Grundsicherung, ZIS / Gemeinsame Richtlinie, Mittel der Stadt Prenzlau

Kooperationspartner: Pro Arbeit Prenzlau GmbH (Projektmanagement und berufsorientierte Qualifizierung) und ortsansässige Firmen.



programmen des Bundes, des Landes und der Europäischen Union, deren Nutzung einen Gewinn für alle Beteiligten der integrierten Stadtentwicklung erwarten lassen. Aber gerade diese Fülle, das scheinbar ungeordnete Nebeneinander von Möglichkeiten und Maßnahmen, kann schnell zu Unübersichtlichkeit und damit auch zur Unsicherheit in der Anwendung führen.

Überlegungen müssen sich deshalb darauf richten, wie der Zugang zu notwendigen Informationen über aktuelle ar-

beitsmarktpolitische Förderprogramme gesichert werden kann und vor allem, wie regionale und lokale arbeitsmarktpolitische Dienstleister systematisch mit ihrem speziellen Know-how bei der Planung, Vorbereitung und Umsetzung integrativer Handlungsfelder einbezogen werden können. Die Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg bietet dabei ihre Unterstützung an.





## „Zukunft im Stadtteil“ – Meine Erfahrungen im Lenkungsreis

Detlef Linke

Die Mitarbeit als Vertreter des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz im interministeriellen Lenkungsreis war für mich von Anfang an eine sehr spannende und verantwortungsvolle Aufgabe.

Zunächst noch ziemlich unerfahren mit den Erfordernissen einer ausgewogenen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung, steigerten sich in kurzer Zeit sowohl Wissen als auch Engagement aller Kollegen aus den verschiedenen Ressorts. Das war zum einen dem sehr anspruchsvollen Aufgabenspektrum zur integrierten Stadtteilentwicklung als auch der sehr zielstrebigem und kollegialen Leitung des Lenkungsreises durch das zuständige Referat des MIR zu verdanken.

Geduldig, mit großer Beharrlichkeit und unter aktiver Einbeziehung sowohl der Lenkungsreismitglieder als auch der städtischen Verantwortlichen wurden die integrierten Handlungskonzepte der einbezogenen 16 brandenburgischen Städte mit den jeweils aktuell anstehenden konkreten Umsetzungsprojekten auf das erforderliche Niveau gebracht. Durch von Zeit zu Zeit durchgeführte direkte Beratungen und Begehungen in den Förderkulissen der Städte wurden Praxisbezogenheit und Erfolgskontrolle in enge Übereinstimmung mit dem Gesamtziel der integrierten Stadtentwicklung gebracht.

Besonders wichtig erscheint mir die stetige Einbeziehung der Bürger im jeweiligen Wohnquartier und darüber hinaus in

der gesamten Stadt. Hier gab es anfangs größere Anlaufschwierigkeiten, die aber dank der kontinuierlichen Hinweise des Lenkungsreises und der Arbeit spezieller Bürgerbüros zunehmend überwunden wurden. Entscheidend dabei ist jedoch, wie die Einwohner nicht nur zu den Zielen und Inhalten der Projekte informiert, sondern in deren Festlegung und inhaltliche Ausgestaltung einbezogen werden bzw. in der praktischen Umsetzung selbst mit Hand anlegen können.

Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang eine angemessene Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Gerade sie sollen sich - der Zukunftsfähigkeit ihrer Städte und der eigenen Persönlichkeitsentwicklung wegen - aktiv in die Projektbestimmung und deren nachfolgende Umsetzung einbringen. Hier gab und gibt es im Rahmen des ZIS-Programms und der weiteren innerstädtischen Entwicklung, insbesondere der Sicherung der Ankerfunktion der Regionalen Wachstumskerne (RWK) im Land Brandenburg, noch große Reserven. Auch unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung ist diese „Verankerung“ unserer jungen Menschen in dynamisch wachsenden urbanen Zentren unbedingt erforderlich. Diese Dynamik soll sich natürlich nicht auf die Stadtfäche, sondern auf Wirtschaftsentwicklung, Lebens- und Umweltqualität bis hin zur Entwicklung der touristischen Attraktivität beziehen.

Gerade hier hat die Arbeit im Lenkungsreis mich bewegt, im MLUV eine ge-

wisse Fortsetzung des ZIS-Programms – bezogen auf Flächenverbrauch und zukunftsorientierten Stadtbau – anzuregen. Mit einem EFRE-gestützten Projekt „Wirtschaftsbezogenes, innerstädtisches Flächenmanagement in den Regionalen Wachstumskernen“ können der exzessive Flächenverbrauch und die Vielzahl von brachgefallenen, fehl- und untergenutzten Flächen im gesamten Stadtgebiet überwunden werden. Durch die Sanierung von kontaminierten und oftmals mit abbruchreifen Gebäuden bestandenen Brachflächen kann es u. a. gelingen, die Städte stärker zu zentrieren, größere Baulücken zu schließen und Lebensqualität und Attraktivität – nicht nur der Stadtzentren – spürbar zu heben.

Wie der Projektname schon sagt, geht es um „wirtschaftsbezogene“ und „urbane“ Nutzung der so wieder gewonnenen Flächen in gleichrangiger Gewichtung. Durch die damit einhergehende bzw. resultierend wirkende soziale Komponente wird gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung der RWK's gefördert, die ihren Namen auch verdient.

Dass dieses Projekt ebenfalls nur im engen Zusammenwirken einer ressortübergreifenden Lenkungsgruppe mit verantwortlichen Vertretern der Städte und ihren engagierten Bürgern gelingen kann, das hat die Arbeit im Lenkungsreis eindrucksvoll bewiesen.



## Ein kurzes persönliches Resümee über fünf Jahre Mitarbeit im Lenkungskreis „Zukunft im Stadtteil“

Dr. Hermann Budde

An der grundsätzlichen Philosophie des Programms „Zukunft im Stadtteil (ZiS 2000) hat mich als Mitarbeiter aus dem Politikfeld Schule, Jugend und Sport die Leitidee integrierter Handlungskonzepte gereizt. Regionalräumliche Arbeitsteilung wie sie zwischen Stadt und Land und zwischen verschiedenen Räumen existiert, ist in Städten weitgehend aufgehoben. Der Reiz der Stadt ist das enge Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten und Reproduktion.

Natürlich gibt es Städte, die ganz wesentlich in ihrer Entwicklung von ihrer ökonomischen Basis bestimmt waren und werden, und natürlich gibt es auch in Städten eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Quartieren und Stadtteilen, aber in den eher kleineren Städten des Landes Brandenburg ist die Stadt als Ganzes von ihren Bürgern erlebbar. In Handlungskonzepten dann über Stadtentwicklung nachzudenken heißt, systematisch die wesentlichen Funktionen, die eine lebendige und lebenswerte Stadt braucht, auf ihre Stärken und Schwächen abzuklopfen und sich dann zu entscheiden, welche Funktionen man besonders stärken will.

Der intellektuelle Reiz der Mitarbeit im ZiS-Lenkungskreis erhielt bei mir einen schnellen Dämpfer, als die Handlungskonzepte der ersten Städte präsentiert wurden. Obwohl ich mir einbildete, viele Städte im Lande zu kennen, war die Menge der Ideen, die in einer Reihe von Sitzungen des Lenkungskreises von den Kommunen mit Unterstützung externen Sachverständigen präsentiert wurde, viel – häufig zu viel – in zu kurzer Zeit. Das mag den mit den städtischen Problemen enger vertrauten Kollegen des damaligen MSWV anders gegangen sein, aber ich war manchmal etwas enttäuscht, dass es bei mir bestenfalls zu einem Verstehen der zentralen Entwicklungsziele und für einige kritische Rückfragen reichte, aber eine wirkliche Bewertung

der konzeptionellen Leitideen mir nicht möglich war. Ich musste lernen, dass auch der virtuelle Weg von Finsterwalde Südwest nach Fürstenwalde Mitte nicht zu unterschätzen ist.

Etwas blauäugig – wie ich gerne zugestehe – hatte ich mir von einigen integrierten Handlungskonzepten mehr versprochen. Eine Leitidee für die Stadtentwicklung und daraus abgeleitet für die Stadtteil- oder Quartiersentwicklung braucht man auch bei schwieriger ökonomischer Basis, bei Einwohnerverlusten oder einem zuviel an Einzelhandelsflächen vor den Toren der Stadt. Ich verkenne dabei nicht die Schwierigkeiten der damit einher gehenden kommunalpolitischen Diskussionsprozesse, aber Ehrlichkeit nach innen als feste Basis für Visionen ist aus meiner Sicht unabdingbar. Und ich verkenne dabei ebenfalls nicht, dass solche Leitideen ihre Funktion nur entfalten können, wenn sie in überschaubaren Zeiträumen auch realisierbar erscheinen. Die Wiedergewinnung der Stadtmitte mit ihren zentralen Funktionen ist für mich solch eine Leitidee. Das Herauslösen eines Flussufers aus dem Status einer Gewerbebrache und seine Wiedergewinnung als erlebbarer städtischer Raum ist eine andere solche Leitidee. Manche Leitideen erschienen mir – hier tue ich vielleicht einigen Kollegen unrecht – wie der notwendigerweise formulierte Überbau für Projekte, die man schon immer machen wollte, aber nie das Geld dazu hatte.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die wahrgenommene Qualität der Städte ganz wesentlich davon geprägt wird, wie stark die Einwohner ihre Stadt als Bürger-Stadt wahrnehmen. In dem Politikfeld, in dem ich arbeite, gilt, dass die Schulen Orte der Bildung für die Kinder sind, die dort leben. Dabei ist Bildung bei weitem nicht nur das, was Kinder, Jugendliche und Erwachsene altersangemessen in einem jeweiligen institutio-

nellen Kontext lernen. Bildung ist vielmehr ein kompliziertes Zusammenspiel von Elternhaus, Kindertageseinrichtung, Schule, Jugendhilfe, jugendlichen peer-groups und später von Ausbildungsbetrieb, Arbeitsstätte und Angeboten lebenslangen Lernens. Bildung ist auch mehr als Vermittlung von Qualifikationen; Bildung richtet sich auf die Entwicklung der Persönlichkeit als Ganzes mit dem Ziel des mündigen Bürgers, der Lust hat, an der Gestaltung seiner Lebenswelt teilzunehmen und die Fähigkeit besitzt, dieses auch tun zu können. In diesem Sinne ist es Aufgabe der Schule, diese Kinder möglichst gut zu fördern und sie auf einem entscheidenden Stück ihres Lebensweges zu begleiten.

Auch eine Stadt entwickelt sich mit den Menschen, die in ihr leben. Und auch eine Stadt sollte ihren Bürgern Angebote machen und Anreize bieten, dieses wechselseitige Spiel von bürgerschaftlichem Engagement und Stadtentwicklung voranzutreiben. Mit welcher Energie manche Städte sich im Rahmen von ZiS-Projekten gerade schwierigen Quartieren widmen, das nötigt mir sehr viel Respekt ab. Dies gilt erst recht für die Personen, die auf häufig schlecht abgesicherten Arbeitsplätzen beim Quartiersmanagement versucht haben, bürgerschaftliches Engagement im Alltag unmittelbar real werden zu lassen.

Beim Blick nach vorn hoffe ich, dass die vom MIR mit den Masterplan – Stadumbau initiierte breit angelegte Auseinandersetzung über die zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungstrends im Land Brandenburg mich künftig zu einem deutlich kompetenteren Ansprechpartner für die Städte machen. Der eingeleitete gesellschaftliche Diskurs lässt mich jedenfalls in ein Nachfolgeprogramm bewusster, aber dennoch voller Erwartungen einsteigen. ■





# Evaluation der integrierten sozialen Stadtentwicklung – auf dem Weg zu einer geeigneten Erfolgskontrolle

Thomas Henke, Manfred Rolfes, Jan Lorenz Wilhelm

## Hintergrund

Im relativ neuen Politikfeld der integrierten sozialen Stadtentwicklung sind Untersuchungen darüber, wie die neuen Förderprogramme wirken, mittlerweile üblich. Diese sog. Evaluationen wurden etwa für das Bund-Länder-Programm der Sozialen Stadt auf Bundes- wie auch auf Landesebene durchgeführt. Die EU-Programme werden ebenfalls regelmäßig evaluiert. Das heißt, Gutachter haben sich auch mit der Stadt Luckenwalde (EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II) und mit den ZiS-Städten (EU-Strukturfonds) befasst. Da ZiS im Rahmen der Begutachtung des gesamten Operationellen Programms Brandenburg zwangsläufig nur sehr allgemein bewertet werden konnte, folgte das MIR der Empfehlung einer vertieften Untersuchung der ZiS-Städte; diese steht kurz vor dem Abschluss.

Der gängige Evaluationsansatz ist jedoch mit drei Schwierigkeiten behaftet. 1. sind die wenigsten Kommunen Brandenburgs in der Lage aus eigener Kraft umfangreiche Evaluationen durchzuführen, 2. liegen sämtliche Evaluationen lediglich auf Ebene der einzelnen Förderprogramme vor und 3. stellt sich die Frage nach der richtigen Untersuchungsmethode, d.h. ob und wie quantitative (z. B. Daten) und/oder qualitative (verbale) Bewertungsmaßstäbe einzusetzen sind. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde ein Kooperationsprojekt mit dem Institut für Geographie der Universität Potsdam gestartet. Im weiteren finden sich die Zusammenfassungen der beiden Teilprojekte, die sich mit der Evaluation auf kommunaler Ebene und auf Landesebene befasst haben.

## Evaluierungen auf kommunaler Ebene

Evaluationen der Programme der integrierten sozialen Stadtentwicklung auf der kommunalen Ebene stellen eher eine Ausnahme dar. Als Ursachen für dieses Defizit können angeführt werden: die komplexen kommunalen Rahmenbedingungen, unter denen die Programmumsetzung stattfindet, die sehr unterschiedlichen Anforderungen, die von verschiedenen Seiten an Evaluationen gestellt werden, und schließlich die oftmals nur unzureichenden Evaluationskonzepte mit

überwiegend quantitativer Orientierung. Diese mehrschichtige Problemlage wirft die Frage auf, wie Evaluationen auf der kommunalen Ebene methodisch angelegt werden müssen, damit sie für alle Beteiligten den größtmöglichen Nutzen bringen. In diesem bisher wenig bearbeiteten, unübersichtlichem Forschungsfeld sprechen viele Argumente für ein exploratives Vorgehen mit offenen, qualitativen Untersuchungsmethoden.

In dem 1. Teilprojekt standen Evaluations- und Steuerungsprozesse auf der kommunalen Ebene im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. In fünf Untersuchungsgebieten wurde die organisatorische Umsetzung integrierter Stadtentwicklungsprogramme analysiert. Mit der Auswahl der Untersuchungsgebiete - Cottbus - Sachsendorf-Madlow (Soziale Stadt), Luckenwalde (URBAN II), Potsdam - Am Stern/Drewitz (Soziale Stadt), Fürstenwalde Nord (Soziale Stadt) und Brandenburg a. d. Havel – Innenstadt (ZiS) - sollte eine möglichst große Streubreite von städtischen Problemlagen und kommunalen Steuerungs- und Managementstrukturen abgedeckt werden. Die Erhebungen und ein Teil der Auswertungen zu diesem Forschungsprojekt fanden im Rahmen eines Projektseminars im Wintersemester 2004/05 an der Universität Potsdam statt. Der qualitativ-empirischen Grundorientie-

rung folgend, wurden im Rahmen dieses Projektes 36 Expertinnen und Experten befragt (vor allem Quartiersmanager, Verantwortliche aus der kommunalen Planungsverwaltung, Politikvertreter aus den kommunalen Parlamenten oder Beiräten, Vertreter der an den Managementaufgaben beteiligten Consultingbüros, Verantwortliche von Wohnungs- und Sanierungsunternehmen, Vertreter sozialer Akteure sowie Bürgerinnen und Bürger aus den Untersuchungsgebieten). Darüber hinaus sind nahezu 1000 Seiten Dokumente gelesen und ausgewertet worden (insbesondere Integrierte Handlungskonzepte, Projektanträge, Evaluations- und Jahresberichte, Abschlussberichte, Sitzungsprotokolle).

Die Untersuchungsergebnisse sind in der nachfolgenden Kurzübersicht stichwortartig zusammengestellt worden. Die positiven Ansatzpunkte wurden mit einem (+) und die negativen Beispiele mit einem (-) versehen. Eine dreistufige, ordinale Häufigkeitsangabe soll zumindest näherungsweise Hinweise darauf geben, wie oft die genannten Aspekte in den untersuchten Kommunen identifiziert wurden: (Tabellenbezeichnung:) Fünf ausgewählte Stadtquartiere in Brandenburg unter der Lupe – Was funktioniert gut? Wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten? (Ergebnisübersicht)

Untersuchter Aspekt	Häufigkeits-einstufung
<b>Durchführungs- und Entscheidungsebene sowie Organisationsstruktur</b>	
(+) Klare Zuständigkeiten und schlanke Entscheidungsstrukturen	eher selten
(+) Funktionierende Abstimmungsprozesse zwischen Politik, Verwaltung u. Projektträgern	teils/teils
(+) Systematische und engagierte Bürgerbeteiligung	eher selten
(-) Komplexe und bürokratische Vorgaben und Richtlinien	häufig
(-) Kooperations- und Kommunikationsdefizite	eher selten
(-) Mangelhafte Organisationsstruktur	teils / teils
<b>Planungen: Beschreibung/Analyse der Ausgangssituationen, Zielfestlegungen</b>	
(+) Zielorientiertes solides Integriertes Handlungskonzept (IHK)	häufig
(+) Konsequente Anwendung des Integrierten Handlungskonzepts	eher selten
(+) Aktuelle Maßnahmen- und Durchführungskonzepte	teils / teils



(-) Unzureichende Anwendung und Wertschätzung des Integrierten Handlungskonzepts	häufig
(-) Bilaterale, informelle Planungen	teils / teils
(-) Mangelnde Abstimmung mit anderen Stadtentwicklungsprozessen	eher selten
<b>Dokumentation der Programm-/ Projektverläufe</b>	
(+) Erstellen von Jahresberichten	teils / teils
(+) Anlegen und Führen einer Projektdatenbank	eher selten
(+) Kooperationen zur Verbesserung der Datengrundlagen	teils / teils
(+) Zusätzliche Datenerhebung	eher selten
(-) Mangelhafte Auswertung statistischer Daten	teils / teils
<b>Bewertung der Programm-/ Projektverläufe</b>	
(+) Fortschreibung der Integrierten Handlungskonzepte	eher selten
(+) Jahresberichte und Projektberichte	eher selten
(+) Etablierung und Nutzung einfacher Bewertungsschemata	eher selten
(-) Informelle, undokumentierte Evaluationen „aus dem Bauch heraus ...“	teils / teils
(-) Fehlende Methodenkompetenz für Evaluationen	häufig
(-) Externe Maßnahmenüberprüfung ohne Feedback für die Betroffenen	teils / teils
(-) Nicht-Berücksichtigung von Evaluationsergebnissen	teils / teils

Wie die Untersuchungen gezeigt haben, war es auf Grund der oft sehr spezifischen kommunalen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen nur eingeschränkt möglich, so genannte Evaluationsmodule zu erarbeiten und für eine objektive Bewertung an die existierenden Stadtentwicklungsprogramme und -projekte anzuschließen. Trotzdem haben einige Untersuchungsgebiete bereits eine gute Basis für Evaluationen gelegt und können dafür konstruktive Ansatzpunkte liefern. Die nachfolgende Zusammenstellung stellt solche Grundlagen und Ansätze für „Evaluationsmodule“ vor. In der Auflistung sind zunächst Grundlagen und Bedingungen aufgeführt, die geschaffen werden müssen, um Evaluationen ertragreich einsetzen zu können. Im zweiten Teil sind dann Programm- und Managementbestandteile aufgeführt, die im weitesten Sinne als Module verstanden werden können.

**Grundlagen für Evaluations- und Monitoringaktivitäten auf der Durchführungs-, Entscheidungs- und Planungsebene**

Erstellung eines zielorientierten soliden Integrierten Handlungskonzept, z.B. mit Analyse der Ausgangssituation und der Durchführung von gruppenspezifischen Zielworkshops  
Systematische und motivierende Zielgruppenbeteiligung in unterschiedlichen Programmphasen (z.B. Bürger/innen, soziale Akteure, private Wirtschaft)  
Konsequente Orientierung des Projektmanagements an den Handlungs-

strategien und Zielvorgaben des Integrierten Handlungskonzepts  
Aufbau und Führung von aktuellen Maßnahmen- und Durchführungskonzepten sowohl für investive wie auch für nicht-investive Maßnahmen  
Erarbeitung und Institutionalisierung von transparenten Kooperations- und Kommunikationsstrukturen der Programmteiligen  
Erarbeitung und Institutionalisierung von transparenten Kooperations- und Kommunikationsstrukturen

**Evaluationsmodule in den Bereichen Programmdokumentation und -bewertung**

Zielorientierte Fortschreibung der Integrierten Handlungskonzepte  
Zielbezogene Erstellung von Jahres- und Projektberichten, die für Bewertungszwecke nutzbar sind  
Aufbau und Nutzung einfacher Bewertungsschemata bei der Projektsteuerung, z.B. durch Anlegen und Führen einer Projektdatenbank  
Systematische Recherchen zur Verbesserung der Datengrundlagen sowie Nutzung vorhandener Daten anderer Akteure und Institutionen  
Regelmäßige, unmittelbare und zeitnahe Rückmeldung von Evaluationsergebnissen an die Programm- und Projektbeteiligten  
Projektbezogene Datenerhebungen für Bewertungen (Beobachtungen, Zählungen, Befragungen,...)  
Aufbau von Methodenkompetenz für (Selbst-)Evaluationen und Datenauswertung mittels professioneller Unterstützung

**Evaluierungen auf Landesebene**

Im Fokus des 2. Projektes stand die Umsetzung der integrierten Stadtentwicklungsprogramme ZIS, URBAN II und Soziale Stadt auf Landesebene. Ziel war es, die Evaluationsergebnisse und Erfahrungen aus diesen drei Programmen zusammenzuführen und Handlungsempfehlungen für eine zukünftige Förderung abzuleiten. Aufgrund des steigenden Interesses an Monitoring- und Evaluationssystemen sollten darüber hinaus Anforderungen an ein Monitoringsystem im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklung erarbeitet werden.

Den Projektzielen folgend, wurden zum einen die in Form von Programmdokumenten (Projektanträge, Zwischenberichte, Evaluationen,...) vorliegenden Informationen analysiert und zum anderen die im Rahmen von Experteninterviews neu erhobenen Daten und Informationen ausgewertet. Die zentralen Analyseergebnisse sind der Übersicht auf Seite 54 zu entnehmen.

Eine Analyse des Stadtbau-Monitorings des Landes Brandenburg sowie des Bewertungssystems im Rahmen des ESF-Programms Lokales Kapital für Soziale Zwecke - LOS verdeutlichen, dass sehr unterschiedliche Begriffsverständnisse und Intentionen von Bewertungssystemen möglich sind. Der Aufbau eines Monitoringsystems der integrierten Stadtentwicklung hängt entscheidend von folgenden Fragen ab: a) Welchem primären Ziel dient das Bewertungssystem? b) Auf welchen Daten soll und kann es basieren? c) Welche Bewertungsmaßstäbe und -gegenstände erscheinen sinnvoll? und d) Wie kann das Begleitmanagement organisiert werden?

Auch wenn hinsichtlich eines Monitoringsystems grundsätzlich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Bewertungsphilosophien möglich erscheinen, vereinfachen die vorliegenden Projektergebnisse eine Beantwortung der vorangegangenen Fragen. Folgt man beispielsweise den Zielen der drei hier untersuchten integrierten Stadtentwicklungsprogramme, so besteht kaum ein Zweifel daran, dass kommunale Lernprozesse und individuelle Projektfortschritte einen hohen Stellenwert haben und durch ein Monitoringsystem gezielt unterstützt werden sollten.

Die Analyse der Umsetzung der integrierten Stadtentwicklungsprogramme im Land Brandenburg lassen verschie-





Erkenntnisse integrierter Förderprogrammumsetzung im Land Brandenburg

Analyse der Programminhalte und -strategien	
Bedeutung und Schwierigkeit der Fördergebietsabgrenzung	- Räumliche Eingrenzung von Fördergebieten erfolgt aufgrund pragmatischer Gründe. - Gesamtstädtisch wirkende Verdrängungs- und Verlagerungsprozesse werden vernachlässigt.
Integrativer Ansatz als Neuland	- Kommunales Handeln, das einem integrierten Ansatz folgt, unterliegt zahlreichen Wandlungs- und Aushandlungsprozessen. - Der integrative Ansatz erfährt grundsätzliche Zustimmung.
Bedeutung des Lernens	- Sich verändernde Problemlagen und Handlungsspielräume in den Fördergebieten erzwingen fortlaufende Programmanpassungen.
Grenzen der Wirksamkeit	- Die begrenzte, überregionale Wirkungsmöglichkeit der Förderprogramme muss sich stärker in der Förderprogrammumsetzung niederschlagen.
Analyse der Programmorganisation und -steuerung	
Bedeutung der Lernfähigkeit	- Die Notwendigkeit der fortlaufenden Programmanpassung erfordert ein ständiges Lernen der Programmteilnehmer.
Quartiermanagement als Schlüssel zum Erfolg	- Die Qualität des Quartiermanagements hängt entscheidend von der Qualifikation und der Kontinuität des Quartiermanagements sowie dem politischem und organisatorischem Umfeld ab.
Hohe Bedeutung qualitativer Elemente bei der Begleitung des Förderverfahrens	- Plausibilitätsüberprüfungen von Konzepten, Vor-Ort-Besuche und Beurteilung von Kommunikationsprozessen stellen wichtige Ergänzungen des schriftlichen Förderverfahrens dar.
Grenzen der Kontrollsysteme	- Insbesondere EU-Verfahrensvorgaben führen zu Kontrollsystemen mit einem hohen Arbeitsaufwand bei gleichzeitig sehr begrenzter praktischer Wirkung.
Notwendigkeit von Bewertungsschemata	- Bewilligungsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, gegenüber einer Kommune einen Förderprogrammausstieg zu begründen.
Wunsch nach Planbarkeit vs. Planungsschwierigkeit	- Der Handlungsbedarf und die Handlungsmöglichkeiten in den Kommunen konterkarieren die perspektivische Planungsbestrebungen der Bewilligungsbehörden.

dene inhaltliche und organisatorische Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten erkennen.

Der integrierte Ansatz kann als positiv bewertet werden und erfährt große Zustimmung. Gleichzeitig befindet sich der Ansatz noch in einem Anpassungs- und Aushandlungsprozess. Die Ressourcenbündelung muss noch deutlich stärker fokussiert werden, wobei die verbesserte Abstimmung verschiedener Förderprogramme ein konkret zu beeinflussendes Handlungsfeld des MIR darstellt. Die Evaluationen zeigen, dass die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Förderprogramme möglichst flexibel gestaltet werden sollte, da sich kommunale Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume kontinuierlich verändern. Auch wenn eine Fördergebietsabgrenzung aus pragmatischen Gründen nachvollzogen werden kann, wird sie den städtischen Verflechtungsstrukturen nicht gerecht. Die Fördergebietsgrenzen sollten daher durchlässiger gestaltet werden. Insgesamt müssen sich die Grenzen der Wirksamkeit stärker in den Zielen und der Ausgestaltung der Förderprogramme niederschlagen.

Das Bewertungsumfeld der Programmumsetzung benötigt einige Veränderungen.

gen. Eine neue Bewertungskultur sollte angestrebt werden. Die Programmbegeleitung auf Landesebene muss sich ihrer Rolle in diesem Zusammenhang besonders bewusst sein: Wichtig sind die Signalisierung von inhaltlichem Interesse, ein kontinuierliches Feedback und die Ermutigung der Kommunen, auch verfehlt Ziele darzustellen. Die Projektergebnisse vermitteln Ansatzpunkte, inwieweit die Arbeit der Landesbehörden in diesem Zusammenhang modifiziert werden kann. Die Ausgestaltung der IHKs und die Arbeit des Quartiermanagements sollten stärker die Notwendigkeit der flexiblen Strategieanpassungen und die hohe Bedeutung der Lernfähigkeit der Programmteilnehmer berücksichtigen. Die Etablierung und die Pflege kommunaler Bewertungssysteme sind anzustreben. Im Rahmen der Organisation und Steuerung der verschiedenen integrierten Stadtentwicklungsprogramme sollte ein Prozesscocktail die Aufgabe verfolgen, Programmabläufe anhand von Beratungen, Vermittlungen und Moderation zu verbessern.

**Ausblick**

Die Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam hat gezeigt, wo in den kommenden Jahren der Handlungsbedarf

liegt, um geeignete Steuerungs- und Evaluationsstrukturen in den Städten und beim Land zu schaffen. Da die EU auch in der neuen Förderperiode ab 2007 Erfolgskontrollen fordert und der Bund diesen Anspruch ebenfalls hat, wird dieses Thema die integrierten Programme weiter verfolgen. Darüber hinaus ist es aber auch – gerade vor dem Hintergrund der problematischen Haushaltssituation des Landes Brandenburg und der Städte - dringend erforderlich, die Programme auf ihre Wirkung hin zu überprüfen und bei Bedarf nachzusteuern.

Die Universität Potsdam bietet hierzu ihre Kooperation nicht nur dem Land, sondern auch insbesondere den Kommunen an, die künftig in den Genuss der EU-Strukturfondsförderung kommen werden. In einem nächsten Schritt könnte mit Hilfe der Gemeinden festgestellt werden, inwieweit die erarbeiteten Evaluationsansätze mit einem vertretbaren Arbeitsaufwand umsetzbar sind. Diese Untersuchungen würden dann auch Aufschluss darüber geben, welchen Evaluationselementen der Vorzug zu geben ist.





## Integrierte Programme der Stadtentwicklung in Brandenburg – Wegweiser für die Zukunft

Thomas Henke, Stefan Krapp, Corinna Wilhelm

Die integrierten Programme der sozialen Stadtentwicklung sind ein relativ junges Politikfeld. Getragen von der Annahme, dass die klassische sektorale Politik den wachsenden Problemlagen in den Städten nicht mehr gerecht werde, hatte in den 90er Jahren europaweit ein Umdenken hin zu integrierten Stadtentwicklungsstrategien eingesetzt. Hier sei nochmals an URBAN I, die Gemeinschaftsinitiative der EU in Brandenburg an der Havel, erinnert. Es folgten URBAN II in Luckenwalde, das EU-finanzierte Programm „Zukunft im Stadtteil“ (ZiS) - und auf Ebene der Bundesländer-Programme - die „Soziale Stadt“.

Mit dem Artikel 8 der neuen EFRE-Verordnung hat die EU den integrierten nachhaltigen Stadtentwicklungsansatz von URBAN in den sog. Mainstream ihrer Strukturfonds-Förderung ab 2007 überführt. Wenn somit europaweit das Erfordernis dieser Politik konstatiert wird, so verbleibt doch die Frage, was hat der integrierte Ansatz dem Land Brandenburg, vor allem den Menschen im Land, denn nun bisher gebracht? Zur Beantwortung dieser Frage kann insbesondere auf die vorliegenden Evaluationen der integrierten Programme zurückgegriffen werden (s. a. Artikel „Evaluation der integrierten sozialen Stadtentwicklung – auf dem Weg zu einer geeigneten Erfolgskontrolle“).

Zunächst aber zu den Zahlen. Sie beeindruckt, obwohl es sich um relativ „kleine“ Programme handelt. Bislang wurden in den 16 ZiS-Städten 229 Projekte mit einem Bewilligungsvolumen von rund 80 Mio. Euro umgesetzt. Unter Hinzurechnung des ESF-Anteils und der nationalen Mittel wurden in ZiS im Zeitraum 2000 bis 2006 mehr als 120 Mio. Euro bewilligt. Circa 2 Mio. Euro können bis Ende des Jahres noch vergeben werden. In 322 ESF-unterstützten Arbeitsfördermaßnahmen fanden über 900 Menschen Beschäftigung. Bei der Gemeinschaftsinitiative URBAN II in Luckenwalde werden ca. 50 Projekte mit einem Volumen von rund 20 Mio. Euro realisiert, die mit rund 15 Mio. Euro durch die EU refinanziert werden. Im Rahmen der Sozialen Stadt wurden mit einer öffentlichen Förderung von aktuell 63 Mio. Euro in 13 Stadtteilen 261 Projekte auf den Weg gebracht.

Wenn wir jetzt eine erste Bilanz ziehen, so ist die Bandbreite der geförderten Projekte bemerkenswert. Ein Blick in die Beiträge der Städte in diesem Heft zeigt, durch die Programme der integrierten sozialen Stadtentwicklung konnten zahlreiche Vorhaben und umfangreiche Baumaßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im Land Brandenburg realisiert werden. Beispielfhaft sei hier auf den Beitrag der Stadt Guben verwiesen.

Auch im Zusammenwirken mit den Bundesländer-Programmen „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“, „Stadtumbau-Ost“, „Weiterentwicklung neuer Wohngebiete“, dem EFRE-finanzierten Brachflächenprogramm und der Wohnraumförderung konnten baulich-räumlich, aber auch hinsichtlich wohnort-naher sozialer Einrichtungen positive Effekte erzielt werden.

Darüber hinaus wurde die Umsetzung zahlreicher nicht-investiver Projekte möglich. Hierunter fallen strategisch wichtige Bausteine wie Citymanagement, Beteiligungsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit, aber auch die personelle Unterstützung verschiedener Einrichtungen und Projekte. Besonders sei das Quartiers- und Programmmanagement genannt, das eine Schlüsselrolle für die Beteiligung und Aktivierung der Menschen vor Ort spielt. Die Grenzen der Unterstützungsmöglichkeiten seien anhand der Arbeitsförderung aufgezeigt: Es konnten zwar Personalkosten teilweise durch die nationale Arbeitsförderung, auch in Verbindung mit EU-Förderung (ESF) übernommen werden, allerdings lassen die Konditionen keine dauerhafte Beschäftigung gut qualifizierten Personals zu. Dass insbesondere die Vor-Ort-Büros dennoch funktionieren, erklärt sich häufig aus dem engagierten ehrenamtlichen bzw. zusätzlichen Einsatz der Menschen vor Ort.

Ob alle mit der integrierten Stadtentwicklung gesteckten Ziele erreicht wurden, also, ob etwa ein Beitrag zur ökonomischen und sozialen Stabilisierung der Quartiere geleistet wurde, lässt sich aufgrund der kurzen Programmlaufzeit und trotz der vorliegenden Evaluationen nicht leicht be-



Egelneise/Guben



Guben, neues Stadtzentrum

antworten. Bei der Bewertung des ZiS-Programms ist zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit direkter staatlicher Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen, anders als bei URBAN, nicht sofort mit dem Programmstart, sondern erst ab 2005 bestand.

Auch sollte man die Wirkungen stadtteilbezogener Programme, besonders beim Entgegenwirken bundes- bzw. europaweiter wirtschaftsabhängiger Trends, nicht überschätzen. Am Beispiel der Wirkungskette fehlende Arbeitsplätze → Arbeitslosigkeit → Abwanderung lässt sich zeigen, dass viele Probleme nicht allein mit integrierten Programmen gelöst werden können. Allerdings helfen sie gemeinsam mit anderen Instrumenten, dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch aktiv zu begegnen und neue Chancen für die städtische Entwicklung zu eröffnen.

Zusätzlich ergeben sich einige methodische Probleme. Wenn während der Pro-





## Integrierte Programme der Stadtentwicklung in Brandenburg

grammlaufzeit die Arbeitslosigkeit bundes- bzw. landesweit steigt und damit in der Regel auch im jeweiligen Programmgebiet, sind die Wechselwirkungen in den geförderten Quartieren schwer zu bestimmen. Um die tatsächlichen Wirkungen der integrierten Programme messen zu können, benötigte man eine in der Wirklichkeit nicht herstellbare Labor-Situation. Somit kommen auch alle vorliegenden Evaluationen zu dem Schluss, dass eine allein quantifizierende Analyse der Wirkungen nicht machbar ist. Dennoch wäre es verkehrt zu behaupten, die Programme hätten die gesteckten Ziele nicht erreicht oder gar verfehlt.

Die integrierte Erneuerung und Entwicklung städtischer Problemgebiete hat trotz der schwierigen Ausgangslage in den geförderten Stadtteilen zu überwiegend positiven Wirkungen nicht nur baulich-räumlicher, sondern auch sozio-ökonomischer Art geführt. Neben „atmosphärischen“ Verbesserungen sind wirtschaftlich spürbare Synergieeffekte durch die Realisierung von multifunktionalen Schlüsselprojekten erzielt worden. Sie werden zukünftig zu einer weiteren Belebung der Stadtquartiere beitragen.

Hinsichtlich einer sozialen Stabilisierung der Quartiere und der Erhöhung der Identifikation mit dem Stadtteil können zwar keine quantitativen Aussagen gemacht werden, die qualitativen Rückmeldungen aus den Programmstädten sind jedoch ermutigend. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Situation in den Programmgebieten ohne die integrierte Stadtentwicklung weiter verschlechtert hätte. Mehr noch: Deutlich positive Wirkungen können festgestellt werden. Das belegen qualitative Aussagen – sei es von Bewohnern, Verwaltungsbeschäftigten oder sonstigen Akteuren vor Ort. In den Quartieren wurde eine Aufbruchsstimmung erzeugt. Die Aufwertung von innerstädtischen Räumen, wie Straßen, Plätzen, Eingangssituationen zum Quartier oder zur Stadt selbst wird in den Stadtteilen zunehmend erlebbar. Die Bewohner haben das Gefühl, hier geht es voran, sie werden nicht vergessen – und das Neue an den integrierten Programmen: Sie werden in den Entwicklungsprozess integriert. Eine breite öffentliche Diskussion und Beteiligung bei der Findung und Ausarbeitung der Ideen hat bei vielen Projekten eine große Akzeptanz in der Bevölkerung hervorgerufen. Die Bürger identifizieren sich mit den realisierten Maßnahmen. Oftmals ist dadurch eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit und innerhalb der Verwaltung entwickelt worden.

Neben diesen äußerst wichtigen mentalen Veränderungen in den Programmgebieten ist auch feststellbar, dass der integrierte Ansatz Impulse in Stadtverwaltung und –politik gesetzt hat. In den Städten wird anders diskutiert und geplant. Es wird betont, dass sich durch das Programm und den „Druck“ zu einem integrierten Handeln die Kommunikation deutlich und nachhaltig verbessert habe.

Das gilt auch für die Steuerungsinstrumente auf Landesebene. Die Resonanz der Teilnehmer am ZiS- oder URBAN-Lenkungskreis ist ebenso positiv wie die der Teilnehmer an der AG Soziale Stadt. Die große Bandbreite der Projekte im sozialen, im kulturellen und im Bildungsbereich hatte ein entsprechend breites und diversifiziertes Wirkungsspektrum zur Folge, das immer wieder lokale Handlungs- und Selbsthilfemöglichkeiten sowie Eigeninitiative gefördert hat und auf diese Weise zur Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger in den Programmgebieten und darüber hinaus beigetragen hat.

Vor dem Hintergrund des vergleichsweise geringen Fördervolumens der Programme sind gerade diese Wirkungszusammenhänge ein Plädoyer für eine ausgeglichene Gestaltung der nachhaltigen Stadtentwicklung zwischen ökonomischer und sozialer Kohärenz in der kommenden EU-Strukturfondsperiode. Mit dem „Masterplan Stadtumbau“ und den flankierenden Ressortstrategien zum Wohnen im Alter und zur Kinder- und Familienfreundlichkeit wird dieser Ansatz unterstützt und weiterentwickelt.

Insbesondere im Bereich der Wohnraumförderung besteht die bedeutende Aufgabe für die Zukunft in der Familienpolitik und der Reaktion auf die alternde Gesellschaft. Hier sind ressortübergreifende Anstrengungen notwendig, um den Wandel zu einem familienfreundlichen Land zu bewerkstelligen. Parallel ist die Anpassung der Wohnungsbestände an die Erfordernisse von Senioren erforderlich. Die Sicherung eines möglichst langen selbst bestimmten Lebens für eine immer größere Zahl Älterer steht dabei im Vordergrund.

Nach Sicherung der städtebaulichen und historischen Strukturen kommt es zukünftig darauf an, die für das Umland an Bedeutung gewinnenden städtischen Funktionen zu stärken oder in die Innenstädte zurückzuholen. Die Konzentration und Verzahnung von Fördermitteln in den Kommunen haben sich als richtige Mittel erwiesen. Wie für die Soziale Stadt sei-

tens des Bundes ermöglicht, sollte die Umsetzung nicht-investiver Projekte stärkeres Gewicht bekommen, da ihre Anstoßfunktion unstrittig groß und das Kosten-Nutzen-Verhältnis dabei ausgesprochen günstig ist.

Nachdem städtebauliche Mängel und Missstände in den vergangenen Jahren weitgehend behoben werden konnten, besteht nun die Notwendigkeit, sich künftig auf die jeweiligen Ressourcen und Potenziale der Städte zu konzentrieren. Alle durchgeführten Evaluationen haben bestätigt, dass jede Stadt andere Potenziale und Probleme hat und deshalb auch ihre eigene Entwicklungsstrategie finden muss.

Handlungsschwerpunkte können bei der kleinräumigen Wirtschaftsförderung, bei der Verbesserung der städtischen Verkehrsverhältnisse, dem Tourismus und dem Umbau bzw. der Ertüchtigung und Anpassung der sozialen, freizeit-, bildungsbezogenen und kulturellen Infrastrukturen gesehen werden. Auch im Rahmen der sozialen und integrierten Stadtentwicklung muss ein verstärkter Beitrag für ein kinder- und familienfreundliches Brandenburg geleistet werden. Innovation, Kreativität und bürgerschaftliches Engagement sollten noch stärker eingefordert und unterstützt werden.

Auch auf der Verfahrensebene gibt es noch Möglichkeiten zur Optimierung. Durch stärkere ressortübergreifende Kooperation, Mittelbündelung auf Landesebene, Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren, die Stärkung von Steuerung und Evaluation auch auf kommunaler Ebene sowie durch die Verstärkung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Städten ließen sich vorhandene Potenziale besser nutzen. Stadtentwicklung ist ein längerfristiger Prozess, für den Geduld aufgebracht werden muss, um alle Beteiligten mitzunehmen und sie nicht zu überfordern.

Mit diesen Ansätzen wird sowohl den generellen Anforderungen der EU-Kohäsionspolitik an einen integrierten Plan für eine nachhaltige Stadtentwicklung als auch der spezifischen, räumlich differenzierten Brandenburger Ausgangslage in angemessener Weise Rechnung getragen. Gerade die nachhaltige Stadtentwicklung mit ihrem direkten und kleinräumigeren Bezug zum konkreten Lebens- und Erfahrungsraum der Menschen ist besonders geeignet, den Querschnittszielen Förderung der Chancengleichheit und Verbesserung der Umweltqualität Rechnung zu tragen. ■



## Bürgerbauten und Baukultur in Werder (Havel) – Acht Bauherren öffnen ihre Häuser Über die Ausstellung: „Neue Wege auf alten Spuren – private Bauherren auf der Inselstadt“

Christiane Borgelt, Regina Jost

In diesem Sommer beteiligte sich auch Werder (Havel) als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg am Themenjahr von Kulturland Brandenburg: „Architektur und Baukultur“. Unter dem gemeinsamen Motto „Bürgerbauten in den historischen Stadtkernen“ stellt Werder in einer Ausstellung die private Bauherrenschaft in den Vordergrund. Sie hat den Titel: „Neue Wege auf alten Spuren – private Bauherren auf der Inselstadt“<sup>1</sup> und findet im Straßenraum der historischen Innenstadt statt. Am Sonntag, dem 25. Juni 2006, gleichzeitig mit dem Tag der Architektur, wurde sie mit einem Aktionstag eröffnet. Acht Bauherren luden die Öffentlichkeit ein, Haus, Hof und Garten zu besichtigen. Neben den auswärtigen Gästen nutzten auch viele Werderaner das ungewohnte Angebot. Man lernte sich kennen, kam ins Gespräch und tauschte Erfahrungen aus.

Wenige Tage vor der Eröffnung bat die Stadt zu einer Podiumsdiskussion. Bauherren, Architekten und die zuständige Denkmalpflegerin des Landes diskutierten in Anwesenheit des Bürgermeisters, des Baubeigeordneten und etwa 40 interessierten Bürgern über das Abenteuer, ein altes Haus im Sanierungsgebiet Innenstadt Werder (Havel), das zudem noch Denkmalsbereich ist, instand zu setzen und zu modernisieren. Das Gespräch, an dem sich im Anschluss das Publikum intensiv beteiligte, moderierte der für die Sanierung zuständige Berater vom Sanierungsträger Potsdam. Der Erfahrungsaustausch stieß auf reges Interesse, und zum Abschluss wurde der Wunsch geäußert, eine solche Diskussion bei nächster Gelegenheit fortzusetzen.

Auf der Podiumsdiskussion brachte Bürgermeister Werner Große mit seinem Grußwort den Hintergrund der Veranstaltungen auf den Punkt: Ohne die Bürger, die ihr Eigentum sanieren, gestalten und pflegen, sei die Stadt nicht das, was sie heute ist. Deshalb würdigt die Stadt Werder (Havel) das Engagement privater Bauherren in Verbindung mit der Erneuerung und Gestaltung der Inselstadt. Sie präsentiert in acht Fällen, wie Eigentümer und Bauherren Haus und Grundstück für sich herrichten und nutzen, wobei ihr weniger ein repräsentatives Bild als die Themenvielfalt wichtig ist. Es kommen sowohl Alteingesessene zu Wort als auch Hinzugezogene. Die Ausstellung soll aber auch den Blick schärfen für die Geschichte der Inselstadt, für das frühere ländliche Leben, für den Wandlungsprozess unter dem Einfluss der nahe gelegenen Großstädte und für ihre Zukunft, die schon begonnen hat. Der Ausstellungspfad beginnt am Obstbaumuseum neben dem Alten Rathaus,

wo für die Besucher ein Faltblatt erhältlich ist. Die Ausstellung führt zu folgenden Adressen und Themenstellungen:

- Obstbaumuseum – Einführung in die Ausstellung
- Bergstraße 6/ 6a – Wohnen und Arbeiten in räumlicher Vielfalt
- Ein Obsthof in der Pfarrgartenstraße 9
- Am Markt 9 – Sensibler Umgang mit der wertvollen Bausubstanz eines Denkmals
- Fischerstraße 1 – Eleganz an der Uferpromenade
- Mühlenstraße 4 – Eine Familie packt an
- Am Mühlenberg 10 – Städtebaulich besonders reizvoll
- Als Fischer wird man geboren – Torstraße 8-9
- Neues Leben im ehemaligen Scharfrichterhaus am Plantagenplatz

Wer die Ausstellung besucht und mit den Bauherren sprechen kann, gewinnt den Eindruck, dass bei der Sanierung



Am Markt 9, Der frei gelegte historische Brunnen aus Feldsteinen und das Hofgebäude mit dem antiquarisch erstandenem Barockdach sorgen für eine einmalige Hofatmosphäre

<sup>1</sup> Die Freiluft-Ausstellung „Neue Wege auf alten Spuren – Private Bauherren auf der Inselstadt in Werder (Havel)“ ist vom 25. Juni bis 28. Oktober 2006 auf der Inselstadt zu sehen. Das Konzept stammt vom Atelier Borgelt + Jost, Berlin, in Zusammenarbeit mit Ute Funk, Sanierungsträger Potsdam. Für die Ausarbeitung der Inhalte beauftragte der Sanierungsträger das Atelier Borgelt + Jost; von insgesamt acht Fallstudien sind zwei (Fischer Mai und Obstbauern Polz) von Anja Möller, Landschaftskontor Werder (Havel) erarbeitet worden. Die Redaktion oblag Hans Tödtmann, Sanierungsträger Potsdam.





## Lebenswerte Städte



Mühlenstr.4, Familie K. vor der Rückfassade ihres Hauses. Sie hat sich mit dem Kauf des Hauses Mühlenstraße 4 einen Traum erfüllt. Das Haus liegt am Wasser und hat einen Garten. Beim Umbau hat die Familie einen Teil der Arbeiten selbst ausgeführt.



Fischerstr.1, Das frisch renovierte Haus mit charakteristischer Fassade wertet auch die Uferpromenade auf.



Am Mühlenberg 10, Es war vor allem die städtebauliche Situation, die die Eigentümer überzeugte, die baufällige Fischerkate zu kaufen. Ideal auch für den kleinen Laden, den die Hausherrin hier betreibt und die Ferienwohnung im Dachgeschoss.

der Innenstadt Werder (Havel) viele positive Faktoren zusammentreffen. Die Denkmalpflegerin bezeichnete bei der Podiumsdiskussion die Inselanierung sogar als „Sonderluxusfall“ und wies auf die Nähe zur Hauptstadt Berlin mit ausgezeichneter Verkehrsanbindung hin, betonte die landschaftliche reizvolle Umgebung, die Verbindung von Natur und Stadt – und stellte diese Gegeben-

heiten in den Kontext mit der erfolgreichen, denkmalgerechten Sanierung seit 1991.

Einst lebten auf der Insel viele Obstbauer-, Handwerker- und Fischerfamilien, deren Häuser und Nebengebäude, Höfe und Gärten Basis ihrer Erwerbstätigkeit waren. Die Obstzüchter besaßen weitere Ländereien auf dem Festland. Die Häuser waren einfach gebaut, vielfach wurden gebrauchte Baumaterialien eingesetzt. In besonderen Stadtlagen entstanden vereinzelt Villen oder kleine Mietshäuser. Im System der Planwirtschaft vergangener DDR-Zeiten dienten die Hausobstgärten auf der Insel weiterhin der privaten Nutzung. Auch die Wohnhäuser blieben privat, nur konnten

Dass die Sanierung eine Gemeinschaftsarbeit mit verteilten Rollen ist, bei der man nach verträglichen Kompromissen sucht, war für viele Bauherren eine neue Erfahrung.

Allmählich gewann die Inselstadt an Qualität, und angesichts der guten Ergebnisse wagten sich weitere Bauherren daran, ein Haus zu erwerben und zu modernisieren. Viele stammten aus Berlin; sie hatten sich die Inselstadt als neuen Wohn- und Arbeitsort ausgesucht. Ihre Motivation war ganz unterschiedlich: Häufig ging es darum, das Wohnhaus einem zeitgemäßen Standard anzupassen und der Straßenfassade ein mit dem Ortsbild harmonisierendes Gesicht zu geben. Manche Bauherren verbanden ihre



...Mehrere Standortvorteile machen die Inselstadt Werder (Havel) zum beliebten Wohngebiet: die reizvolle Lage, die mittelalterliche Stadtstruktur, die Nähe zu Berlin und die erfolgreiche Stadterneuerung.

sie kaum instand gehalten werden. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands zogen viele Inselbewohner aus inzwischen maroden Häusern aus.

Die 1991 eingeleitete Stadterneuerung war konfrontiert mit Leerstand, Baufälligkeit und veralteter Infrastruktur; das einmalige Gefüge der Stadt mit den historischen Gebäuden, Marktplatz, Kirchen, verwinkelten Gassen und den Gärten war jedoch erhalten geblieben. Darauf aufbauend begann der Erneuerungsprozess. Wichtigstes Sanierungsziel war und ist es, die historische Bausubstanz und damit das charakteristische Ortsbild zu bewahren und die noch ansässige Bevölkerung nicht zu verdrängen. Die meisten Hauseigentümer stimmten der generellen Aussage dieses Zieles zu, doch im konkreten Sanierungsfall mussten Stadt, Sanierungsträger und Denkmalschutzbehörde viel Überzeugungsarbeit leisten.

Freude am individuellen Altbau mit der Investition in eine denkmalgeschützte Immobilie, die Steuerabschreibungen zulässt. Andere entschieden sich für die Inselstadt wegen ihrer Lagevorteile und nutzten die neuen Räume für ihren Lebensmittelpunkt und den Aufbau einer Existenz. Was sie eint, ist die Begeisterung für die idyllische Inselstadt inmitten von Natur und Seenlandschaft – gleich bei Berlin oder Potsdam, wo viele ihren Arbeitsplatz oder ihre beruflichen Verbindungen haben. So wandelt sich die Inselstadt zu einem anziehenden Wohn- und Dienstleistungsstandort, dessen reizvolle kleinteilige Bebauung individuelle und vielfältige Lebens- und Arbeitsräume begünstigt. Entsprechend verändert sich auch die Bewohnerstruktur.

An Hand der in der Ausstellung dargestellten acht Fälle lassen sich folgende Beobachtungen skizzieren:



Viele private Bauherren bauen nur einmal im Leben ein altes Haus um. Die meisten der auf der Inselstadt zur Modernisierung anstehenden Häuser waren extrem baufällig. Wer sich an solche Häuser wagt, muss mehr als üblich investieren. Er braucht eine besondere Liebe zum alten Gemäuer; er muss eine Vision haben; ihn zeichnen Mut und Hingabe aus. Insofern sind diese privaten Bauherren Individualisten, die sich in ein Abenteuer stürzen. Zu ihnen passt das Unikat, das Haus, das sie erworben haben. Es wird nach historischen Vorbildern hergerichtet und erhält trotzdem die individuelle Prägung.

Wer die renovierten Grundstücke besucht, ist erstaunt über die hohe Qualität. Engagierte private Bauherren zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine denkmal- und ortsbildgerechte Erneuerung unterstützen und eigene Ideen beisteuern. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Baukultur. So verwenden sie beispielsweise trotz höherer Kosten gebrauchte Biberschwanzziegel für die neue Dacheindeckung und lassen historische Fenster nachbauen, wenn die Originale nicht mehr zu reparieren sind oder fehlen. Ein 250 Jahre alter Gewölbekeller wird liebevoll restauriert und als Rarität für Gäste geöffnet, statt ihn zum Abstellraum zu degradieren. Verwertbare historische Materialien werden erneut eingesetzt: Aus den Steinen einer abgebrochenen Scheune entsteht eine moderne Terrasse. Alte Glindower Ziegel werden in eine neue Ziegelmauer eingesprenkelt. Ein kleines Barockdach mit Fledermausgaube findet seine neue Bestimmung auf einem ehemaligen Stallgebäude und verschafft dem Hof eine einmalige Atmosphäre. Das denkmalgeschützte Scharfrichterhaus erhält auf Betreiben der Bauherrin eine ungewöhnliche Farbgebung, die im Dialog mit der Denkmalpflege festgelegt wird. Die Vielfalt der Inselstadt spielt sich auch im Kleinen, auf der einzelnen Parzelle, ab. Bei Grundstücken am Mühlenberg beispielsweise weisen die verschiedenen Ebenen auf dem Hof und im Haus auf die Hanglage hin. Wanddurchbrüche und Dachausbauten führen zu großzügigen und einmaligen

Raumsituationen. In hohen Dachräumen entfalten sich ungeahnte Blicke über die Dachlandschaft bis hin zum Wasser. Neue Fensterdurchbrüche holen die Sonne aus jeder Himmelsrichtung ins Haus. Viele Eigentümer haben sich mit Holzböden und weißen oder pastellfarbenen Wänden für eine schlichte Innenausstattung entschieden, die dem bodenständigem Hintergrund der Inselstadt entspricht, allerdings mit allem technischen Komfort.

Die Wahl des Architekturbüros spielt eine entscheidende Rolle für die Gestaltung. Die befragten Bauherren waren in der Regel mit ihrem Architekten oder ihrer Architektin, von denen sich viele ebenfalls auf der Insel niedergelassen haben, zufrieden. Dennoch lassen sich beim Spaziergang durch die Inselstadt erhebliche Unterschiede an modernisierten Häusern feststellen. Das hängt nicht nur mit den mehr oder weniger eingesetzten Kosten zusammen. Die überzeugendsten Modernisierungen stammen von Architekten mit viel Erfahrung und Fingerspitzengefühl.

Die Organisation der Stadterneuerung mit der Anwendung der Rechtsgrundlagen und den Förderungsbedingungen hat sich äußerst positiv auf die Inselstadt ausgewirkt. Mit diesem Instrumentarium lassen sich auch Sanierungsziele sprengende Gestaltungsvorstellungen in die richtige Richtung steuern. Die mit der Stadt und den Bauherren sowie ihren Architekten vereinbarten Ortstermine sind die beste Methode, sich über die jeweiligen Vorstellungen zu verständigen und Details abzustimmen. Mit Hilfe der „Hüllenforderung“ können Straßenfassaden und Dächer professionell und gestalterisch anspruchsvoll instand gesetzt werden. Die städtische Förderart „Kleinteilige Maßnahmen“ ermöglicht, dass Eigentümer kurzfristig und unbürokratisch einen Zuschuss für kleinere Einzelvorhaben erhalten können. Die Stadt hat auf diesem Weg mehr als 120 Einzelmaßnahmen, meistens an der Fassade, gefördert.

Die Stadt Werder (Havel) wächst, und die historische Inselstadt wird immer



*Blick in die Kirchstraße*

schöner. Die Steuerung der Sanierung war und ist erfolgreich. Stadt und Bauherren kommunizieren miteinander. Aus einfachen Fischerhäusern und Obstbauergehöften wurden solide Gebäude, die weitere hundert Jahre und länger stehen können. Die Nachfrage steigt, aber alte Häuser auf der Inselstadt sind inzwischen eine Seltenheit auf dem Markt.

Die Kulturland-Ausstellung 2006 fand nicht nur großen Zuspruch, sondern traf auch auf das Bedürfnis sich kennenzulernen. Alte und neue Eigentümer interessieren sich plötzlich füreinander - und für die Inselstadt. Hier hat sich etwas bewegt, was sich weiter entwickeln könnte. Vielleicht entsteht hier eines Tages der Grundstein für ein bürgerschaftliches Netzwerk privater Bauherren, die sich um die Baukultur in ihrer Stadt bemühen. Das wäre eines der zukunftsreichsten Ergebnisse der Kulturland-Veranstaltung 2006 in Werder (Havel). Zum Abschluss der Ausstellung, am 28. Oktober<sup>2</sup>, kann man die acht „Exponate“ noch einmal besichtigen und mit den Bauherren ins Gespräch kommen.

<sup>1</sup> Die Abschlussveranstaltung der Ausstellung ist kurzfristig vom 21.10. auf Sonnabend, den 28.10. 2006 verlegt worden.